



8/1999

Dagmar Schipanski: Wir können viel verändern

„Ins Gespräch kommen“ – diese drei Worte ziehen sich durch die Rede der Unionskandidaten für das Amt des Bundespräsidenten anlässlich des ersten Berliner Gesprächs, das am 8. März im Foyer der Dresdner Bank am Pariser Platz stattfand.

Die Worte passen zum Titel der Reihe und zur Beschreibung dessen, was auch im Mittelpunkt der folgenden Berliner Gespräche stehen wird.

Dagmar Schipanski: „Wenn wir vorankommen wollen, brauchen wir eine Verständigung in Staat und Gesellschaft über Prioritäten, über Werte und Veränderungsnotwendigkeiten.“

Vor großen Veränderungen

Nicht einmal 300 Tage vor Beginn des neuen Jahrhunderts erinnert die Professorin an die Überwindung von zwei Diktaturen in Deutschland, an die großartige Aufbauleistung nach dem Krieg im Westen und an die friedliche Revolution in Ostdeutschland, aber auch an die grundlegenden Veränderungen, die vor uns liegen und deren Wirkung weit in das 21. Jahrhundert hineinreichen wird. Stichworte: Globalisierung, Zeitenwende, Wissensgesellschaft.

„Dramatische Veränderungen“ – so Dagmar Schipanski – „können bei Menschen zwei verschiedenartige Emotionen auslösen“: Begeisterung und Faszination einerseits, Beklemmung und Angst andererseits. Umso wichtiger, daß die Untergangspropheten, die bei

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Beschäftigung

Wolfgang Schäuble: Schröders Politik vernichtet Arbeitsplätze. Seite 4

● Ökologische Steuerreform

Angela Merkel: Durch einen modernistisch gewählten Titel nur den Eindruck einer Strukturreform vermittelt. Aus der Bundestagsrede vom 3. März. Seite 6

● Rauball-Rücktritt

Jürgen Rüttgers: Clement hat dem Land schweren Schaden zugefügt. Seite 12

● Arbeitsgruppe Inneres

Ausländerrecht modernisieren – Integration weiter verbessern, Kriminelle ausweisen. Seite 16

● 630-Mark-Jobs

Ein eigener Rentenanspruch der Frauen bleibt Illusion. Seite 22

● UiD Extra

Dagmar Schipanski: Gemeinsam Deutschlands Chancen nutzen. Erstes „Berliner Gespräch“ am 8. März. Innenteil

● Dokumentation

Friedrich Merz: Steuerpolitische Geisterfahrt gegen den Standort Deutschland. Rede in der Bundestagsdebatte über das Steuerentlastungsgesetz am 4. März. Grüner Teil

Kurz & gut

Zwei-Millionen-Grenze überschritten

Die Zahl der Unterschriften für Integration und gegen die generell doppelte Staatsbürgerschaft hat jetzt die Zwei-Millionen-Grenze deutlich überschritten. Die CDU-Aktion geht weiter und wird so lange fortgesetzt, bis die Bundesregierung beim Staatsangehörigkeitsrecht einlenkt.

Wiedergewählt

Georg Lewandowski bleibt Oberbürgermeister der ehemals sozialdemokratischen Hochburg Kassel. Die Bürger der mit 200.000 Einwohnern drittgrößten hessischen Stadt nach Frankfurt und Wiesbaden haben Lewandowski mit 60,7 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang gewählt. Auf die SPD-Kandidatin entfielen 37,1 Prozent der Stimmen.

Spitzenplatz bei der inneren Sicherheit

Mit einem Rückgang der Straftaten um über 21.000 (3,6 Prozent) und einer nochmaligen Verbesserung der Aufklärungsquote auf 57,3 Prozent hat Baden-Württemberg auch weiterhin die niedrigste Kriminalitätsbelastung aller Bundesländer. Innenminister Thomas Schäuble in seinem Bericht über die Polizeiliche Kriminalstatistik 1998: „Die Zahlen sind sichtbare Belege für den erfolgreichen und richtigen sicherheitspolitischen Kurs der Landesregierung.“

Mehr Mitglieder

Zum ersten Mal seit 1991 hat die CDU wieder ein positives Mitglieder-Saldo, d.h. weniger Abgänge als Parteibeitritte. In Zahlen: 464 Mitglieder. CDU-Generalsekretärin Angela Merkel: „Wir wollen diesen Erfolg weiter ausbauen, und wir hoffen, daß uns das in den nächsten Wochen und Monaten auch gelingt.“

Den Verlust von bis zu 150.000 Arbeitsplätzen befürchtet

Als Ergebnis der Energiepolitik der neuen Bundesregierung fürchten Kraftwerkshersteller, Kraftwerksbetreiber und Bergbauunternehmen den Verlust von bis zu

150.000 Arbeitsplätzen in Deutschland. Mitarbeiter der Energiewirtschaft und deren Betriebsräte machen sich auch Sorgen um die Zukunft der Energiever-

sorgung und um den Umweltschutz. „Eine gesicherte und umweltschonende Versorgung mit elektrischer Energie ist für den Industriestandort Deutschland

überlebensnotwendig“, so Betriebsratsvorsitzender Reinhart Mehn aus Erlangen, der 5.200 Mitarbeiter von Siemens KWU im Kraftwerksbau vertritt. Die

Abschaltung der Kernkraftwerke würde vor allem aber die Energiekosten in die Höhe treiben. Mehn: „Strom darf nicht zum Luxusgut für Reiche werden.“

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
8**

- **Wir wollen gemeinsam die modernste Partei Europas schaffen.**
- **Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen.**

Die Überschriften der beiden Hauptkapitel der „Erfurter Leitsätze“ der CDU

SPD - PDS: Gerhard Schröder kann sich hier nicht rausreden

„Verrat“ an den Sozialdemokraten, die sich in der damaligen sowjetischen Besatzungszone gegen den Zusammenschluß von SPD und KPD gewehrt haben, hat Wolfgang Schäuble die Annäherung der SPD an die PDS genannt. Im Nachhinein entziehe SPD-Chef Lafontaine dem SPD-Widerstand von damals sogar die „historische Legitimation“. Gleichzeitig äußerte der CDU-Vorsitzende den Verdacht, daß Lafontaine mit der neuerlichen Diskussion über das Verhältnis zur PDS einen „Nebenkriegsschauplatz“ eröffnen und vom Versagen der SPD-geführten Bundesregierung ablenken wolle.

„Eine durch nichts gedeckte Unterstellung“ ist die Retourkutsche von SPD-Bundesgeschäftsführer Schreiner. „Denn es gibt in den neuen Bundesländern keinen einzigen CDU-Landesverband“, so CDU-Generalsekretärin Angela Merkel, „der nicht gegen eine Zusammenarbeit von CDU und PDS klare Beschlüsse gefaßt hätte. Es gibt weder taktische noch strategische Absprachen noch Vereinbarungen in Koalitionsform.“

Man brauche sich nur vor Augen zu führen, wie SPD und PDS in den neuen Bundesländern rei-

henweise Posten aushandeln und Wahlbündnisse vereinbaren, dann versteht man, daß Schreiners Behauptung eine Frechheit sondergleichen ist.

Auch im Bundesrat wird Bundespolitik gemacht

Auch der Bundeskanzler hat sich in die Diskussion eingeschaltet und gesagt: Eine Kooperation von SPD und PDS auf Bundesebene sei mit ihm nicht zu machen. Angela Merkel: „Diese Aussage geht am Kern der Sache vorbei.“

Schröder habe die Koalition zwischen SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern zugelassen, die selbstverständlich dazu führt, daß die PDS im Bundesrat, wenn es um zustimmungspflichtige Gesetz geht, an einer entscheidenden Schnittstelle sitzt.

Angela Merkel: „Der Bundesrat ist Ländergremium, kein Landesgremium und sehr wohl daran beteiligt, Entscheidungen auf Bundesebene für die Politik in Deutschland zu treffen. Schröder kann sich also nicht rausreden. Im Gegenteil: Er ist mitverantwortlich dafür, daß die PDS im Bundesrat eine wichtige Rolle spielen kann.“

Hinterlassenschaft

Die hessische CDU hat der SPD in Hessen vorgeworfen, der Nachfolgekoalition eine „dramatische Haushaltslage“ hinterlassen zu haben. „Je mehr wir von der Finanzlage erfahren, desto größer werden die Sorgen“, erklärte

CDU-Pressesprecher Dirk Metz. Er reagierte damit auf die Behauptung des abgewählten Ministerpräsidenten Eichel, die scheidende Landesregierung habe ihr Konsolidierungsziel übererfüllt und geordnete Finanzen übergeben.

Heillos zerstritten

ist die SPD bei den Studiengebühren. Niedersachsens Wissenschaftsminister Oppermann (SPD): „Langfristig wird es sie geben.“ Obergrenze: 3.000 Mark. Bundesbildungsminister Bulmann (SPD) macht sich in Bonn

dagegen stark. Aber sie schafft es nicht, das Wahlversprechen in ihrer Partei durchzusetzen. Thomas Rachel, Berichterstatter der CDU/CSU im Bildungsausschuß: „Die SPD hat im Wahlkampf die Studierenden getauscht.“

Fortsetzung von Seite 1

historischen Zeitenwenden besonders gefragt sind, bei uns keine Chance haben, sondern daß die neuen Antworten, die wir finden werden, wenn wir sie nur gemeinsam suchen, Orientierung und Geborgenheit geben.

Vier Punkte stellt Dagmar Schipanski als besonders wichtig heraus:

- Wir brauchen mehr Ehrlichkeit im Umgang miteinander und den Mut, die Realitäten so zu beschreiben, wie sie sind.
 - Wir brauchen mehr Bereitschaft, Prioritäten zu setzen und daraus Ziele abzuleiten.
 - Wir brauchen die Einbindung unseres gesamten Potentials, über das wir in Deutschland verfügen.
 - Wir brauchen mehr Mut, neue Wege zu beschreiten. Wer Neues entdecken will, muß Neuland betreten.
- Zustandsbeschreibungen, Erwartungen, Hoffnungen, Wünsche und Forderungen – in zehn Kapiteln macht die Professorin Angebote „zum politischen Diskurs und zur Diskussion“. Aber sie stellt auch Fragen, Fragen nach der Grundorientierung

Diskussion kontroverser Fragen der deutschen Politik

- An der Wende zum nächsten Jahrtausend
- Zwischen Angst und Hoffnung?
- Berlin – eine geeinte Stadt? ● Kultur – eine Angelegenheit des Staates?
- Anforderungen an den Sozialstaat
- Familie ist, wo Kinder sind?

... so lauten einige der Themen, die der Bundesvorstand in einem Beschluß auf seiner Klausurtagung Anfang Januar in Königswinter für die „Berliner Gespräche“ vorgesehen hat. Mit Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern und Künstlern sollten auf Anregung

CDU startet „Berliner Gespräche“

Als Start für einen Zukunftsdialo­g hat die CDU am 8. März das 1. „Berliner Gespräch“ veranstaltet. Parteivorsitzender Wolfgang Schäuble erklärte zu der neuen Veranstaltungsreihe in der Hauptstadt, die Union wolle „Anstöße für die notwendige Anpassung an die sich verändernde Realität“ geben.

unserer Gesellschaft und den Grundwerten unseres Zusammenlebens:

- Was bedeutet uns Freiheit?
- Welche Vorstellungen haben wir von Gerechtigkeit?
- Wie soll die gesellschaftliche Anerkennung von Leistungen aussehen?
- Wie steht es um unser Verständnis von Toleranz?

Dagmar Schipanski: „All diese Fragen zeigen, daß die Frage nach den Grundwerten kein abstraktes philosophisches Problem ist, sondern sehr handfest über die Art und Weise unseres Zusammenlebens als Nation mit entscheidet.“

der Generalsekretärin kontroverse Fragen der deutschen Politik diskutiert werden. Die erste Veranstaltung der Reihe hat nun stattgefunden. Weitere werden folgen.

Angela Merkel: „Auch mit den Diskussionen im Rahmen unserer „Berliner Gespräche“ wollen wir den Menschen in Deutschland vermitteln:

- Es gibt nur eine Mitte in Deutschland, keine sogenannte „Neue Mitte“, sondern die CDU als Volkspartei der Mitte.“

Wolfgang Schäuble:

Schröders Politik vernichtet Arbeitsplätze

Das von der Schröder-Regierung bisher angerichtete Chaos hat in dieser Woche seinen vorläufigen Höhepunkt mit der Verabschiedung der Gesetze zur sogenannten „ökologischen Steuerreform“ und zu einer Steuerreform mit dem Namen „Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002“ gefunden.

Chaotisch war das gesetzgebungstechnische Vorgehen, mit dem die Regierungsmehrheit diese Projekte unter Inkaufnahme ganzer Serien von Pannen und Verletzungen parlamentarischer Gepflogenheiten durchgezogen hat, und chaotisch ist das Ergebnis, weil es Schaden bringt für unser Land: Die Arbeitslosigkeit wird steigen, für die Umwelt wird nichts erreicht, und die sozial Schwachen werden benachteiligt.

Das Ökosteuerrezept der Schröder-Regierung wird von Expertenseite unisono mit Attributen versehen wie: „mißbraten, mißglückt, gescheitert“. Aber in dieser Bundesregierung gilt die Meinung von Experten nicht viel. Wie anders soll man es verstehen, wenn am gleichen Tag, an dem die Experten gehört wurden, das Gesetz im Ausschuß unverändert durchgepeitscht wurde? Da wird jede Anhörung zur Farce.

Ein Modell zu vertreten, nach dem man im Zeichen des Energiesparens umso weniger Steuern bezahlen soll, je mehr man Energie verbraucht, oder nach dem man umso mehr Entlastung von der Energiesteuer bekommt, je mehr man seine Personalkosten reduziert – was ja auf deutsch Entlassungen heißt –, das ist schon ein Stück aus

dem Tollhaus. Es gehört viel Frechheit dazu, etwas „ökologische Steuerreform“ zu nennen, was keinerlei ökologischen Lenkungseffekt, keinerlei Energieeinsparung erwarten läßt, sondern lediglich Wachstumsverluste und eine Belastung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Ganz zu schweigen von der sozialen Ungerechtigkeit gegenüber Rentnern, sozial Schwachen, Familien mit Kindern, Berufspendlern, die sich gegen steigende Strompreise, steigende Heizungspreise, steigende Benzinpreise nicht wehren können.

Bundeskanzler Schröder hat der deutschen Öffentlichkeit im Wahlkampf und danach eine „Große Steuerreform“ versprochen, die die Rahmenbedingungen für Investitionen und mehr Beschäftigung verbessern sollte. Nach dem verheerenden Urteil aller Experten wird das verabschiedete sogenannte Steuerentlastungsgesetz genau das Gegenteil bewirken. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat ausgerechnet, daß mit einer geplanten Steuerentlastung im Jahre 2002 von gerade mal 0,3% des geschätzten Bruttoinlandsprodukts keinerlei Impulse für Wachstum und Beschäftigung verbunden sind. Und die traditionelle Frühjahrsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages mußte die Wachstumsprognosen für 1999 auf 1,5% deutlich nach unten korrigieren, nachdem die Auftragseingänge der Unternehmen zurückgegangen sind und sich sowohl die Absatzchancen als auch die Aussichten auf Neueinstellungen dramatisch verschlechtert haben. Die Vorstandsvorsitzenden der größten und leistungsstärksten deutschen Unternehmen sehen sich gezwungen,

Aufruf der CDU: Arbeitsplätze in der deutschen Energiewirtschaft erhalten!

Am 9. März demonstrierten in Bonn die Beschäftigten aus der deutschen Energiewirtschaft, insbesondere aus der Kernenergie für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Anlaß ist die 2. Gesprächsrunde von Bundeskanzler Schröder mit Vertretern der Energiewirtschaft über die Zukunft der Kernenergie in Deutschland.

Friedrich Merz, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag und Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, erklärte einer Abordnung der Belegschaften vor Beginn der Demonstration im Konrad-Adenauer-Haus: Wir stehen hinter Ihnen und unterstützen Ihr Anliegen.

Es geht um Tausende von Arbeitsplätzen in Deutschland – und zwar weit über die 40.000 Arbeitsplätze in den deutschen Kernkraftwerken hinaus!

Es geht um die sichere, preisgünstige und umweltverträgliche Energieversorgung für die Wirtschaft und für jeden einzelnen Bürger in unserem Land.

Mit den Beschäftigten aus der Energiewirtschaft fordert die CDU ein wettbewerbsfähiges und umweltgerechtes Energiekonzept mit verbindlichen Rahmendaten für langfristige Investitionsentscheidungen in der Energiewirtschaft. Arbeitsplätze und Energieversorgung dürfen nicht zum Spielball ideologischer Interessen werden!

Brandbriefe an die Bundesregierung zu schreiben und beim Ausbleiben von Korrekturen Arbeitsplätze und Konzernzentralen ins Ausland zu verlegen.

Der Verlauf der Steuergesetzgebung belegt, daß die Erfolge, die der Schröder-Regierung gutgeschrieben werden, im wesentlichen aus der Rücknahme eigener Vorhaben bestehen – aber aus dem Rotieren auf der Stelle wird noch keine Bewegung. Inzwischen gesteht die Regierung ja selbst ein, in zu kurzer Zeit zu viele Fehler gemacht zu haben.

Natürlich macht, wer handelt, immer auch Fehler, und wer neu anfängt, hat auch Anspruch auf eine gewisse Toleranz. Aber die Hoffnung auf Besserung trägt, weil die ganze Richtung nicht stimmt, wie die bleibenden Schäden zeigen, die die Regierung Schröder bereits angerichtet hat. Die wirtschaftliche Lage und die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern sich von Monat zu Monat. ■

Angela Merkel:

Unaufhörlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen

Zu den neuesten Arbeitslosenzahlen erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Die Zahl der Arbeitslosen steigt seit dem Regierungswechsel unaufhörlich. Angreten ist die Schröder-Regierung mit dem Versprechen, die Arbeitslosigkeit zu senken. Statt dessen müssen die Menschen feststellen, daß das rot-grüne Steuerchaos Investitionen verhindert und Unternehmen in zweistelliger Milliardenhöhe belastet. Dies schadet der Konjunktur und vernichtet Arbeitsplätze.

Die CDU fordert die Schröder-Regierung auf, endlich ihr Versprechen einzulösen. Arbeitsplätze schafft man nur mit und nicht gegen Mittelstand und Unternehmen. ■

Angela Merkel:

Durch einen modernistisch gewählten Titel nur den Eindruck einer Strukturreform vermittelt

Herr Bundesfinanzminister, es wäre schön gewesen, wenn wir heute in diesem Parlament über einen richtigen Schritt einer modernen Gesellschaftspolitik hätten debattieren können. Aber wir sind hier nicht in einer philosophischen Lehrstunde, sondern im Deutschen Bundestag, und Sie sind nicht auf einem Grundsatzkongreß der Sozialdemokratischen Partei, sondern bei der Realisierung ganz konkreter Gesetzesvorhaben.

Herr Lafontaine, Sie persönlich haben sich mit der Frage auseinandergesetzt, was Globalisierung für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Die Antwort darauf ist eben, daß wir lernen, im richtigen Rahmen die richtigen Entscheidungen zu fällen. An diesem Punkt sind unsere Meinungen ganz unterschiedlich: Sie sind der Meinung, Sie müßten Beschäftigungspolitik weltweit – und wenn nicht weltweit, dann EU-weit – organisieren. Wir hingegen sind der Meinung, daß die Bewältigung der ökologischen Belastungen europaweit organisiert werden muß, wenn wir dies schon nicht weltweit schaffen. Das ist der Unterschied. Sie kämpfen auf der genau falschen Ebene.

Sie haben eine historische Stunde verpaßt. Sie könnten im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft im Ecofin-Rat dafür sorgen, daß wir in der Frage der Besteuerung von Energie auf europäischer Ebene weiterkommen. Aber Sie erlassen – vorfristig, hektisch und völlig übereilt – ein nationales Gesetz mit unsinnigen Ausnah-

mebestimmungen, mit dem Sie die Unterschiede in Europa eher vergrößern als verkleinern. Deswegen sind wir dagegen.

Auch ich wollte Ihnen mitteilen, daß die CDU selbstverständlich für einen sparsamen Umgang mit Energie und Rohstoffen und dafür ist, daß die Arbeit von Kosten entlastet und das hierbei bestehende Ungleichgewicht in Ordnung gebracht wird.

Aus der Bundestagsrede der Generalsekretärin zum Gesetzentwurf Einstieg in die ökologische Steuerreform am 3. März

So weit, so gut. Aber was bedeutet das, und wie setzen wir das in die Tat um?

Zunächst: Das müßte – das ist für mich vollkommen klar – auf europäischer Ebene gemacht werden.

Wir können die Beispiele, die Sie angeführt haben, durchgehen. Dänemark zum Beispiel hat klipp und klar erklärt, es werde seine Mineralölsteuersätze immer an denen von Deutschland orientieren, weil es anders gar nicht existieren könne. Deutschland mit seinen vielen Außengrenzen steht natürlich in der Notwendigkeit, seine Steuersätze mit denen anderer Nachbarstaaten zu harmonisieren. Dazu gehört zum Beispiel Frankreich. In diesem Sinne hätte ich mir einen Beitrag zur deutsch-französischen Achse gewünscht – aber an-

Ein denkbar schlechtes Signal

Zur Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Erfurt erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Die Delegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen weist eine ernüchternde Bilanz aus. Die Kluft zwischen Basis und Parteispitze ist größer, der Graben zwischen Realos und Fundis ist breiter denn je.

Die Diskussion hat die tiefgreifenden Probleme in der Partei kaschiert. Die Partei zeigt sich selbstherrlich und nicht regierungsfähig. Eine wesentliche Verantwortung dafür haben die Regierungsmitglieder Fischer und Trittin.

Nach ihrer scheinbaren Offensive im Vorfeld haben sie sich aus der Verantwortung herausgestohlen, einen Weg aus der Misere aufzuzeigen.

Die Wertediskussion hat gezeigt: Bündnis 90/Die Grünen bleiben weiterhin eine rein westdeutsche und keine gesamtdeutsche Partei. Kein ostdeutscher Grüner erhielt einen aussichtsreichen Platz für die bevorstehende Europawahl.

Für die Grünen ging von der Konferenz ein denkbar schlechtes Signal für die bevorstehenden Landtagswahlen in den neuen Bundesländern aus. Erfurt als Tagungsort reicht dazu allein nicht aus.

ders, als das Ihr Kollege Trittin getan hat, als er sich in die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstäben eingeschaltet hat.

Da immer von Modernisierung und von ökologischen Lenkungseffekten die Rede ist: Herr Lafontaine, Sie haben nicht einen einzigen Satz dazu gesagt, wo durch diese Steuer ein ökologischer Lenkungseffekt entsteht.

Was ist die eigentliche Herausforderung der weltweiten Umweltproblematik? Die Klimagefährdung besteht darin, daß die CO₂-Emissionen zu hoch sind. Wo wird die Steuer, die Sie heute einführen, in irgendeiner Weise der CO₂-Minderung gerecht? Sie unterscheiden nicht nach Energieträgern. Sie besteuern den Strom, mit Ausnahme der regenerativen Energien. Sie unterscheiden überhaupt nicht nach den CO₂-Bilanzen. Sie legen nicht dar, in welcher Art und Weise Sie im Rahmen Ihrer Gesamtpolitik das CO₂-Minderungsziel erfüllen wollen. Auch das wäre eine wichtige Bemerkung im Rahmen der heutigen Diskussion über Globalisierung, Modernisierung und neue philosophische Ansätze gewesen.

Ich kann mich erinnern, daß wir, als wir die Mineralölsteuer im Zusammenhang mit der Privatisierung der Bahn erhöht haben, wenigstens den vernünftigen Grundgedanken gehabt haben, daß eine Mineralölsteuererhöhung zur Kräftigung des öffentlichen Personennahverkehrs führen soll.

Herr Lafontaine, was Sie jetzt machen, ist genau das Gegenteil von dem, was Sie tun müßten, um dieses Ziel zu erreichen.

Sie haben in den jahrelangen Debatten immer wieder gesagt: Wir wollen den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Nach diesen jahrelangen Diskussionen haben Sie sich unter dem Druck der Opposition und Ihres Koalitionspartners in letzter Minute endlich entschieden, wenigstens zum Teil die Bahnen und die elektrischen Busse aus der Besteuerung herauszunehmen. Den sonstigen öffentlichen Personennahverkehr haben Sie aber nicht mit einer Ausnahmeregelung bedacht.

Ich frage Sie: Was bedeutet das für die Kommunen? Was bedeutet das vor dem Hintergrund, daß die Preise für den öffent-

lichen Personennahverkehr gerade wieder gestiegen sind, wodurch der Handlungsspielraum der Kommunen noch weiter eingeschränkt wird? Was ist das für ein Signal für die Bürgerinnen und Bürger? Was ist das für ein Signal für die, die von der Senkung der Lohnnebenkosten gar nicht profitieren, zum Beispiel für die Sozialhilfeempfänger? Gerade diese sind aber mehr als andere auf die Busse und Bahnen angewiesen.

Das ist nicht in Ordnung

Herr Lafontaine, für die Menschen, denen der Umweltschutz am Herzen liegt, wäre es das Beste gewesen, wenn ein Teil der Steuereinnahmen für Investitionen verwendet wird, die zur Minderung des CO₂-Ausstoßes beitragen können. Man kann sagen: Okay, das lassen die Bedingungen insgesamt nicht zu. – Sie würden es zulassen, wenn Sie nicht zunächst das Kindergeld erhöht hätten und jetzt auf ziemlich chaotische Art und Weise versuchen müßten, Ihre Wohltaten noch vor dem 19. März, bevor Herr Ministerpräsident Eichel nicht mehr im Bundesrat mitstimmen kann, zu kompensieren. Sie müssen jetzt übereilt Steuergesetze machen, die keine Entlastung bewirken und damit die soziale Schiefelage noch verschlimmern. Das ist nicht in Ordnung.

Das eigentlich Infame an dem heute vorliegenden Gesetzentwurf ist – und das bedrückt mich –, daß Sie den Bürgern durch einen modernistisch gewählten Titel den Eindruck einer Strukturreform vermitteln wollen, obwohl Sie alle Reformen, die dieses Land strukturell ändern sollten, gerade rückgängig gemacht haben.

Das lassen wir Ihnen in diesem Hause natürlich nicht einfach durchgehen; denn es gibt gleichlautende Aussagen des Sachverständigenrates für Umweltfragen und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwick-

lung, daß der heute vorliegende Gesetzentwurf weder ökologische Lenkungseffekte erzielt noch für die Wirtschaft irgendeinen Fortschritt bewirkt.

Stillstand durch Drehen im Kreis verschleiert

Das heißt, Sie verschleiern Stillstand dadurch, daß Sie sich einfach einmal im Kreis drehen. Ich kann nicht sagen, daß dies ein grandioser Schritt in die richtige Richtung ist.

Herr Lafontaine, der Bundeskanzler hat erklärt: Er macht den Aufbau Ost zur Chefsache.

Mit den neuen Bundesländern haben Sie vielleicht nicht mehr soviel zu tun. Aber für den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer ist dieses Gesetz ein wirklicher Schlag ins Gesicht; denn Sie kennen die Gegebenheiten dort. Die wirtschaftliche Ausgangslage der Bürgerinnen und Bürger ist auf Grund historischer Gegebenheiten schlechter als in den alten Bundesländern. Die Energiepreise sind höher, weil sie natürlich durch vielerlei Investitionen mehr belastet sind. Die Möglichkeiten der Liberalisierung und der Flexibilisierung des gesamten Gebietes sind dadurch beschränkt, daß wir uns richtigerweise für den Schutz der ostdeutschen Braunkohle eingesetzt haben.

Wofür wir uns einsetzen

Deshalb wäre die einzige Logik in der gesamten Sache gewesen, daß man gesagt hätte: Solange dieser Schutz der ostdeutschen Braunkohle gilt, solange die Energiepreise höher sind, ist es notwendig, daß wir die neuen Bundesländer geschlossen aus dieser Regelung herausnehmen. Genau dafür haben wir uns eingesetzt, und genau dafür werden wir uns weiter einsetzen.

Es gibt einen zweiten Bereich, in dem wir in erheblichem Maße verpflichtet wären, strukturelle Gegebenheiten zu berücksich-

tigen. Das ist der ländliche Raum. Sie selber verhandeln im Augenblick als Bundesregierung über schwierigste Einschnitte im Zusammenhang mit der Agenda 2000. Wie lange hat es bei diesem Gesetzentwurf gedauert, bis Sie bereit waren, überhaupt einmal die Frage der bäuerlichen Betriebe und ihrer Belastung durch diese Steuer ins Auge zu fassen? Als Sie es dann endlich gemacht haben, haben Sie unter Hinweis auf die Bagatellgrenze von 1 000 DM schlagartig über 90 Prozent der bäuerlichen Betriebe aus der Ausnahmeregelung wieder herausgenommen.

Nun freue ich mich, wenn die großen, landwirtschaftlichen Betriebe eine Möglichkeit haben, ihre höheren Energiekosten wenigstens abzusetzen. Aber die, die heute die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben, die, die nicht von den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst und von den Abschlüssen der IG Metall profitieren, also die kleinen bäuerlichen Betriebe, die eher Einkommenseinbußen als -zuwächse zu verzeichnen haben, genau die werden jetzt im Rahmen der Bagatellgrenze belastet und nicht entlastet. Das ist für diese Menschen sehr viel Geld.

Da man im ländlichen Raum gegebenenfalls auch längere Autofahrten hat, da man im ländlichen Raum gegebenenfalls selbständig ist und von der Entlastung der Lohnnebenkosten überhaupt nicht profitieren kann, da man dort gegebenenfalls die mithelfende Ehefrau hat oder vielleicht noch eines dieser 630-Mark-Arbeitsverhältnisse, die von Ihnen ja nun auch besonders „günstig“ behandelt werden, kann ich nur sagen, daß Sie den ländlichen Raum in einer Zeit, in der er es schwer hat, insgesamt belasten und damit strukturelle Ungleichgewichte weiter vergrößern.

Dann hatten wir noch die Regierungserklärung des Bundeskanzlers mit einem richtigen und wichtigen, von uns im übrigen breit getragenen Satz, der auch ein Bekenntnis ist: „Wir werden die Verwaltung schlanker und effizienter machen.“

Note sechs – nicht versetzt

Meine Damen und Herren, wenn dies das Beispiel ist, mit dem Sie das versuchen wollen, kann ich nur sagen – ich glaube, es gibt im Westen anders als im Osten nicht nur die Note „Fünf“, sondern auch die Note „Sechs“ –: Sechs; setzen, nicht versetzt.

Angela Merkel weist Schreiners Attacken auf Schäuble zurück

Generalsekretärin Angela Merkel hat die Kritik von SPD-Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner an Wolfgang Schäuble im Streit über das Verhältnis der SPD zur PDS scharf zurückgewiesen.

Sie warf Schreiner vor, er wolle durch „wüste Beschimpfungen“ von der Unredlichkeit der eigenen Strategie der Anbiederung an die PDS ablenken. Dabei scheine Schreiner „den Bezug zur Realität komplett verloren zu haben“.

Die Generalsekretärin fügte hinzu: Tatsächlich wolle die SPD „mit der PDS einen neuen Koalitionspartner auf Bundesebene aufbauen“. Davon hielten Schreiner und SPD-Chef Oskar Lafontaine weder die sogenannte Dresdner Erklärung der Sozialdemokraten noch „die Opfer von Mauer und Stacheldraht ab“.

Angela Merkel: „Ich fordere Herrn Schreiner auf, sich bei Wolfgang Schäuble zu entschuldigen.“

Rot-grüne Steuergesetze

- wirtschaftspolitisch untauglich
- umweltpolitisch unsinnig
- sozial ungerecht

Wider alle Vernunft hat die Schröder-Regierung ihr steuerpolitisches Flickwerk im Bundestag durchgepeitscht. Unter Vortäuschung von „Gerechtigkeit“ und „Umweltschutz“ wird die Belastbarkeit von Bürgern und Unternehmen strapaziert. Das rot-grüne Steuerwirrwarr bringt für Bürger und Unternehmen unter dem Strich nicht weniger, sondern mehr Steuern.

Bundeskanzler Schröder hat eine „Große Steuerreform“ versprochen, die die Rahmenbedingungen für Investitionen und mehr Beschäftigung verbessern sollte. Nach dem verheerenden Urteil aller Experten wird das Steuerentlastungsgesetz genau das Gegenteil bewirken. Die wirtschaftliche Lage und die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern sich von Monat zu Monat. Das ist nicht nur nach dem Urteil der Bundesbank die Folge der verfehlten Politik der Regierung Schröder.

**Wolfgang Schäuble,
CDU-Vorsitzender und Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Die rot-grünen Steuergesetze verdienen weder das Prädikat 'ökologisch' noch 'sozial'. Arbeitnehmer und ihre Familien haben nichts von der Steuerverteilung, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, und Arbeitslosen nützt sie schon gar nicht, wenn ihnen der Weg auf eine sichere Arbeit versperrt wird. Die Ökosteuer trifft Arbeitnehmer und Arbeitslose, Familien, Rentner,

Studenten und sozial Schwache: Sie alle zahlen über steigende Preise die Zeche!

Das rot-grüne „Steuerentlastungsgesetz“ ist

- **leistungsfeindlich:** Mit der Schröder-Regierung gibt es keine Nettoentlastung bis zum Wahljahr 2002. Die Steuersatzsenkung ist halbherzig und unzulänglich. Teilweise werden für jede zusätzlich verdiente Mark sogar mehr Steuern fällig.
- **familienpolitisch widersinnig:** Die Schröder-Regierung hat den Familien mehr Geld versprochen. Doch die scheinbaren Entlastungen werden durch die Einführung einer Stromsteuer sowie durch die Erhöhung der Mineralölsteuer aufgefressen.
- **mittelstandsfeindlich:** Die Schröder-Regierung belastet zusätzlich alle, die in der Sozialen Marktwirtschaft Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Sie müssen die vermeintlichen Entlastungen für andere bezahlen und daher mit massiven Mehrbelastungen rechnen.
- **investitionsfeindlich:** Die Schröder-Regierung setzt mit der Steuer-„Entlastung“ keine Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Im Gegenteil: Die Aufträge bei den Unternehmen gehen schon zurück, und die Aussichten auf Neueinstellungen verschlechtern sich dramatisch.
- **bürokratisch:** Die Schröder-Regierung macht das Steuerrecht komplizierter. Durch zusätzliche Regelungen wie die Mindestbesteuerung verliert das Steuerrecht an

Durchschaubarkeit. Steuervermeidung und Schattenwirtschaft erhalten Auftrieb.

Die rot-grüne Ökosteuer ist

● **umweltpolitisch unsinnig:** Die Schröder-Regierung kassiert ab – ohne Nutzen für die Umwelt. Die Ökosteuer setzt weder Anreize zum Energiesparen noch zum Umstieg auf andere Energiequellen. Sie unterscheidet vor allem nicht zwischen klimafreundlicher und klimafeindlicher Energie; sie trägt daher nicht zur Senkung des Schadstoffausstosses bei.

● **strukturell verfehlt:** Die Schröder-Regierung versucht, sich über Ökosteuern um notwendige Reformen der sozialen Sicherungssysteme zu drücken. Ökosteuern sind aber kein Ersatz für Reformen, die die Arbeit dauerhaft entlasten.

● **arbeitsplatzfeindlich:** Die Schröder-Regierung provoziert durch ihren nationalen Alleingang Wettbewerbsverzerrungen und Arbeitsplatzabbau. Deutschland verliert durch die höheren Energiepreise im internationalen Wettbewerb an Attraktivität. Die Folge: mehr Investitionen im Ausland und weniger Arbeitsplätze in Deutschland.

● **sozial ungerecht:** Die Schröder-Regierung verteilt von unten nach oben um. Wer nicht sozialversicherungspflichtig ist, muß

mehr Steuern zahlen, ohne daß er in den Genuß niedrigerer Beiträge zu den Sozialversicherungen kommt. Rentner, Studenten, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zahlen drauf.

● **verwaltungsaufwendig:** Die Schröder-Regierung schafft mehr Bürokratie. Den Unternehmen wird mit der Einführung eines äußerst komplizierten Erstattungsverfahrens ein unzumutbarer Verwaltungsaufwand aufgebürdet.

Der Gesetzentwurf zur Ökosteuer ist zu allem ungeeignet, weil er ohne jede Systematik ist. Denn die eigentlich vernünftige programmatische Grundidee findet sich an keiner Stelle wieder. Er wird eher ein Schritt in die falsche Richtung sein und einen Rückschlag für die ökologische Bewegung bringen.

Generalsekretärin Angela Merkel

Die rot-grüne Steuerpolitik ist wirtschaftspolitisch untauglich, umweltpolitisch unsinnig und sozial ungerecht. Steuerumverteilung und Steuererhöhung schwächen die Kaufkraft der Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft; sie gefährden Arbeitsplätze. ■

Der „Stern“-Bericht ist frei erfunden

Zu einer Meldung des „Stern“ hat der Ehreuvorsitzende der CDU, Bundeskanzler a.D., Helmut Kohl, folgendes Schreiben an den Chefredakteur der Illustrierten, Michael Maier, gerichtet:

Gerade kommt eine Vorabmeldung des Stern auf meinen Schreibtisch, wonach ich den Europakurs von Wolfgang Schäuble und Edmund Stoiber kritisiert habe. Diese Meldung des Stern ist frei erfunden. Die mir unterstellten Zitate

sind falsch. Ich unterstütze uneingeschränkt die Position der Führung von CDU und CSU, wie sie auch im gemeinsamen Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Agenda 2000 zum Ausdruck kommt.

Ich fand im übrigen den Beitrag von Wolfgang Schäuble und Edmund Stoiber in der Haushaltsdebatte gut. Nicht gut finde ich, daß der Stern seine seit Jahrzehnten geübte Praxis, mich durch Falschmeldungen in seine Agitation einzubeziehen, fortsetzt.

Landesvorsitzender Jürgen Rüttgers:

Clement hat dem Land schweren Schaden zugefügt

Der schnelle Rücktritt von Justizminister Rauball ist die logische Konsequenz aus der übereilten Ernennung durch Ministerpräsident Clement. Es ist völlig unbegreiflich, daß Clement vorher nicht genauestens überprüft hat, wen er da zum Justizminister machen will. Alle Informationen über Herrn Rauball und seine dubiosen Geschäftspraktiken waren im Internet frei abrufbar und so für jedermann zugänglich.

Es ist völlig unbegreiflich, daß Clement nach der Veröffentlichung der Vorwürfe gegen Rauball uneingeschränkt an ihm festgehalten und sich vor Rauball gestellt hat. Anstatt den Vorwürfen jetzt zumindest nachzugehen, hatte Clement nichts Besseres zu tun, als die CDU zu beschimpfen und ihr „erprobte politische Ehrverletzung“ vorzuwerfen.

Es ist völlig unbegreiflich, daß Clement trotz aller Warnungen und immer neuer Enthüllungen Rauball zum Justizminister ernannt hat. Die CDU hat Clement frühzeitig aufgefordert, Rauball erst dann zu ernennen, wenn alle Vorwürfe gegen ihn vollständig aufgeklärt und entkräftet sind.

Es ist völlig unbegreiflich, daß Clement alle Hinweise ignoriert hat, nur um seinen Kopf wieder einmal vorschnell durchzusetzen. Damit hat er nicht nur dem Amt des Justizministers, sondern insgesamt dem Land einen schweren Schaden zugefügt. Ich hoffe, daß sich nach dem dilettantischen Handeln von Clement überhaupt noch qualifizierte Juristen aus Rechtsanwalts- oder Richterkreisen finden lassen, die bereit sind, daß wichtige Amt des Justizministers zu übernehmen.

Die CDU fordert Clement auf, jetzt keine weiteren vorschnellen Entscheidungen zu treffen, sondern sorgsam zu prüfen, wer qualifiziert, geeignet und integer ist, künftig das Justizministerium in Nordrhein-Westfalen zu leiten.

Fraktionsvorsitzender Laurenz Meyer: Die logische Konsequenz eines Skandals

- Rauball ist der erste Justizminister, der vor seiner Vereidigung zurückgetreten ist. Die CDU begrüßt den Rücktritt von Herrn Rauball als notwendige Konsequenz.
- Die CDU hat den Ministerpräsidenten gewarnt, seine einsame und übereilte Entscheidung in die Tat umzusetzen. Zu viele Kritikpunkte beschäftigten schon vor der Ernennung die Presse. Die Vorwürfe hatten das Amt bereits im Vorfeld geschädigt.
- Statt die Vorwürfe vollständig aufzuklären, hat der Ministerpräsident Kritiker und die Opposition beschimpft, die nichts weiter gefordert haben als die rückhaltlose Klärung. Der Ministerpräsident hat der Opposition „Opportunismus“ und „erprobte politische Ehrverletzung“ vorgeworfen. Die CDU-Fraktion fordert, daß sich der Ministerpräsident für seine Äußerungen und sein Verhalten entschuldigt.
- Der Rücktritt ist die logische Konsequenz eines Skandals. Der eigentliche Skandal ist das unprofessionelle Regierungshandeln des Ministerpräsidenten. Mit seinem Verhalten „erst schießen, dann denken“ hält Clement die logische Reihenfolge nicht ein.

Rauball als Justizminister überraschend zurückgetreten

Einen Tag vor seiner Vereidigung ist der neue nordrhein-westfälische Justizminister Reinhard Rauball überraschend von seinem Amt zurückgetreten. Rauball war erst am 1. März zum Minister ernannt worden.

Er begründete seinen Schritt damit, daß er es 1994 als Notar unterlassen habe, eine Genehmigung einzuholen, die für die Übernahme eines Aufsichtsratsmandats einer ausländischen Firma erforderlich gewesen wäre. Damit sei ein disziplinarrechtliches Verfahren zu erwarten, das nach seiner Auffas-

sung mit dem Ansehen eines Justizministers nicht zu vereinbaren sei. Ministerpräsident Wolfgang Clement habe das Rücktrittsgesuch angenommen, berichtete die Regierungspressestelle in Düsseldorf.

Die CDU im Düsseldorfer Landtag hatte bereits bei seiner Ernennung verlangt, daß Rauball sein Ministeramt erst dann aufnehmen dürfe, wenn die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, er habe Anleger bei Kapitalmarktgeschäften geschädigt, vollständig ausgeräumt seien.

Schönbohm Spitzenkandidat in Brandenburg

Die CDU Brandenburg hat den Landeschef Jörg Schönbohm mit deutlicher Mehrheit zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 5. September gewählt.

Zugleich stellte die CDU auf einer Landesvertreterversammlung am 6. März in Potsdam die Weichen für die künftige Zusammensetzung der Landtagsfraktion. Schönbohm setzte in mehreren Kampfabstimmungen Queresteiger durch.

Große Zustimmung

Schönbohm erhielt von 115 gültigen Stimmen 104 Ja-Stimmen. Drei Delegierte enthielten sich. Auf die folgenden vier Plätze wurden mit großer Mehrheit im Block der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Hackel, die Landtagsabgeordnete Monika Schulz,

Landtagsvizepräsident Martin Habermann und Generalsekretär Thomas Lunacek gewählt. Zur Zeit hat die CDU in Brandenburg 18 Abgeordnete im Landtag.

Die absolute SPD-Mehrheit brechen

„Unser Ziel ist es,“ so Schönbohm, „die absolute Mehrheit der SPD im Land zu brechen.“ Die bundespolitische Großwetterlage sei dafür günstig. Die CDU strebe bei der Landtagswahl 25 Mandate an, sieben mehr als bisher.

Eine klare Koalitionsaussage machte Schönbohm nicht: SPD und PDS seien die politischen Gegner. Mit ihrer Landesliste wolle die CDU „den Anspruch auf Regierungsfähigkeit untermauern“.

PDS hat mit ihrer Vergangenheit nicht gebrochen

Der Vorstand der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, Klaus Holetschek und Axel Fischer erklärten zur Zusammenarbeit zwischen der SPD und PDS:

Mit der Aufforderung, den Abgrenzungsbeschuß zur PDS aufzugeben, hat die SPD die SED-Nachfolgepartei PDS zum potentiellen Koalitionspartner auch im Bund erhoben. Die SPD streicht damit eine ihrer zentralen Wahlaussagen. Offensichtlich war die Abgrenzung zu den Kommunisten nur wahltaktisch begründet. Dieses Versprechen wird nun ebenso kassiert wie zahlreiche andere Wahlaussagen, die an eine Neue Mitte gerichtet waren. Seine Einschätzung, die Dresdner Erklärung zur Nichtzusammenarbeit mit der PDS sei „längst überholt“, hätte Lafontaine redlicher Weise vor der Wahl verkünden müssen – so lastet nun der Vorwurf des Wählerbetrugs bleischwer auf dem Vertrauensverhältnis zwischen rot-grüner Mehrheit und Wählerschaft.

Die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert eine breite Diskussion über Geschichte, Personen und Ziele der PDS.

Die Vergangenheit der SED-PDS ist nach wie vor nicht aufgearbeitet. Viele Fragen bleiben offen: Die PDS ist lediglich eine Umbenennung der alten SED. Welche tatsächlichen Gründe gab es für diese Kontinuität? Aus welchen Finanzquellen speist die PDS ihre Arbeit? Ist das Geld der SED tatsächlich vollständig an den Steuerzahler zurückgegeben worden?

In der PDS genießen die DDR-Altkommunisten und Stützen des ehemaligen DDR-Staatsapparates hohes Ansehen. Der Wahlbetrüger Modrow ist nach wie vor

Ehrevorsitzender der Partei. Der Fraktionsvorsitzende Gysi hat als Anwalt in der DDR Mandanten an den Staat verraten.

Die PDS verfolgt im Kern eine Politik, die auf die Zerstörung der demokratischen Ordnung Deutschlands gerichtet ist. Eine Anpassung an die herrschenden Strukturen des Grundgesetzes, also Verfassungstreue, wird in der PDS nicht gefordert, so Gysi am 22.8.96 im „Neuen Deutschland“. Im Parteiprogramm der PDS heißt es: „Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapita-

Die SPD hat eine weitere ihrer zentralen Wahlaussagen gestrichen. Die Abgrenzung gegen die PDS war Wahltaktik.

listischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens“. Eine rechtsextreme Partei mit vergleichbar offenem Bekenntnis gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung würde wohl zu Recht verboten.

Die PDS ist keine verfassungstreue Partei. Ihr Reden und Handeln muß unter der Perspektive betrachtet werden, daß radikale Parteien sich strategisch verhalten und deshalb ihre wahren Ziele verschleiern.

Wir fordern eine klare Distanzierung der SPD-Bundestagsfraktion von den Plänen Lafontaines und Schreiners. Sonst kommt der PDS im Bundestag eine Rolle zu, die ihr weder historisch noch nach dem Willen der Wähler zusteht.

Gesine Schwan:

Wird die SPD unberechenbar?

● Mit seiner Anerkennung der gegenwärtigen PDS attestiert Lafontaine und mit ihm – falls sie ihm folgt – die SPD der PDS, eine demokratische Partei zu sein. Er gibt damit den demokratischen Maßstab auf und begibt sich der Möglichkeit, prinzipiellen Druck auf die PDS auszuüben und deren zum Teil unerträgliche Zumutungen – zum Beispiel die Amnestieforderung für verurteilte politische DDR-Funktionsträger – offensiv abzuweisen.

● Wollte die SPD prinzipiell die „Wirklichkeit“, auf die sich Lafontaine beruft, wie sie geht und steht, zum Maßstab ihrer Politik machen, anstatt sie nach eigenen Maßstäben zu verändern, dann bräuchte sie als linke Reformpartei gar nicht mehr anzutreten. Sie würde damit allerdings ihre gesamte achtungsgebietende Tradition verraten. Auf den mutigen Otto Wels dürfte sie sich nicht mehr berufen.

Es geht um Pfründe

● Darüber hinaus kann eine demokratische Partei, auch wenn ihr das beachtliche Kunststück, an die Regierung zu kommen, gelungen ist, eine Reformpolitik im Amt nur voranbringen, wenn sie faktische und potentielle Anhänger überzeugt. Dazu gehört ein Mindestmaß an inhaltlicher Kohärenz und Verlässlichkeit. Wenn man sich geradezu lustvoll über gestern Entschiedenes hinwegsetzt, dann kann das unabdingbare Maß an parteilicher Geschlossenheit nicht mehr aus den freiwilligen Übereinstimmungen und

Überzeugungen der Mitglieder oder Funktionsträger herrühren, sondern allenfalls aus der Angst, Pfründe zu verlieren. Weit kommt eine Reformpartei so nicht.

Absage an die Tradition

● Schließlich kann sich das schmodrige Wegwischen der „Dresdner Erklärung“ nicht auf das Pathos des Realismus berufen: Als sie beschlossen wurde, war das Magdeburger Tolerierungsmodell mit der PDS bereits zustande gekommen. Sie konnte also auch damals nur als Norm, nicht als Wirklichkeit verstanden werden.

Gesine Schwan ist Professorin für Politikwissenschaft an der FU Berlin und gehörte der Grundwertekommission der SPD an.

Die Sozialdemokratie muß die Spannung zwischen den Prinzipien ihrer Politik und der Realität, die sie gestalten will, aushalten. Das gilt auch für die Fälle, wo sie das Wagnis politischer Kooperation mit der PDS mit dem Ziel, diese zu demokratisieren, eingeht. Die gegenwärtige PDS dagegen demokratisch salonfähig zu machen und die Unzuverlässigkeit zum Prinzip zu erheben bedeutet eine Absage an die Tradition der SPD.

aus: Die Welt, 5. März

Ausländerrecht modernisieren – Integration weiter verbessern, Kriminelle ausweisen

Die Arbeitsgruppe Inneres und Sport der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Klausurtagung eine neuerliche Modernisierung des Ausländerrechts beschlossen. Hierzu erklärte der innenpolitische Sprecher, Erwin Marschewski:

Die Integrationsmöglichkeiten der rund 7,3 Millionen Ausländer in Deutschland müssen weiter verbessert werden. Das ist die Kernaussage des Antrags der Innenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Modernisierung des Ausländerrechts. Dazu gehört:

- Ein Bildungsangebot, das den neu einreisenden Ausländern Kenntnisse der deutschen Sprache sowie der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland vermittelt, erleichtert die Eingliederung. Deshalb sind solche Sprach- und Eingliederungskurse als verpflichtende Bestimmungen in

das Ausländergesetz aufzunehmen. Denn nicht ein zweiter Paß zum „Null-Tarif“, sondern ein konkretes Angebot, um Ausländern die Integration zu erleichtern, ist geeignet, ihnen bei der Eingliederung in unsere kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu helfen.

- Der Zuzug weiterer Ausländer nach Deutschland ist zu begrenzen. Deshalb ist die Zuzugsbegrenzung bei im Ermessen der Behörden stehenden Aufenthaltsgenehmigungen als Ermessensleitlinie festzuschreiben. Denn nur bei einer Begrenzung des Zuzugs läßt sich die Bereitschaft der heimischen Bevölkerung stärken, auf die bereits in Deutschland lebenden Ausländer zuzugehen.
- Kinder von Ausländern müssen möglichst frühzeitig nach Deutschland kommen, damit sie hier ihre Schulausbildung erhalten und so in unsere Gesellschaft hin-

Kirche in der Zeitenwende

So lautet das Thema des 37. Bonner Theologischen Gesprächs, zu dem der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Jochen Borchert, eingeladen hat.

Das Gespräch findet am 22. März im Auditorium des Kunstmuseums Bonn um 19 Uhr statt. Hauptredner: Prof. Dr. Wolfgang Huber, Bischof

der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

Jochen Borchert: „Die gegenwärtige Zeitenwende birgt die Chance zur Neubestimmung des eigenen Selbstverständnisses und zu einer Zukunftsorientierung der Kirche in sich. Bischof Dr. Wolfgang Huber zeigt Strategien und Wege auf, wie diese Chance zu nutzen ist.“

Ökosteuer belastet die Kommunen

Zur Verabschiedung der Ökosteuerreform durch den Deutschen Bundestag erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz:

Die vom Deutschen Bundestag beschlossene Ökosteuerreform belastet die Kommunen in zweifacher Weise:

1. Die zusätzliche Energiebesteuerung erhöht die Kosten der Kommunen für den Bezug von Strom, Öl und Gas. Wegen des hohen Gebäudeanteils der kommunalen Ebene z.B. bei Schulen, Volkshochschulen und sonstigen kommunalen Einrichtungen ist der Energieaufwand der Kommunen vergleichsweise höher als bei Bund und Ländern. Die Entlastungen durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträ-

ge wiegen die zusätzlichen Belastungen nicht auf, so daß eine Nettomehrbelastung bei den Kommunen bleibt.

2. Auch der öffentlicher Personennahverkehr wird durch die Ökosteuerreform zusätzlich belastet. Zwar wurde in letzter Minute für einen Teil des ÖPNV – den schienengebundenen Verkehr und die O-busse – eine Halbierung der Steuerbelastung beschlossen. Gerade diese Änderung in letzter Minute beweist, daß der rot-grünen Koalition durchaus bewußt ist, wie unsinnig unter ökologischen Gesichtspunkten die zusätzliche steuerliche Belastung des öffentlichen Personennahverkehrs ist.

Bei voller Besteuerung wäre der ÖPNV um mehr als 100 Millionen DM belastet worden.

einwachsen können. Deshalb ist der Kindernachzug – von Härtefällen abgesehen – auf Kinder bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres (statt bisher 16) zu beschränken.

- Gewalttäter müssen noch strikter ausgewiesen und abgeschoben werden. Denn weniges schadet den friedlich hier lebenden Ausländern mehr als Gewalttaten von Landsleuten. Sie erzeugen Ablehnung – leider nicht nur gegen die kriminell gewordenen. Deshalb:

- Bei Verurteilung zu einem Jahr Freiheitsstrafe ist künftig zwingend auszuweisen (statt 3 Jahren),

- bei Landfriedensbruch ist zwingend auszuweisen, wobei die Ausweisung schon vor rechtskräftigem Urteil erfolgen können soll. Wer eine verbotene Organisation wie die PKK unterstützt, muß ausgewiesen werden; deshalb ist ein neuer Aus-

weisungsgrund der Unterstützung einer verbotenen Organisation zu schaffen.

- Abschiebungshindernisse sind durch völkerrechtliche Verträge, die eine rechtsstaatliche Behandlung des Abgeschobenen im Heimatland sicherstellen, zu beseitigen.

- Ein ausgewiesener Straftäter darf nicht in gleicher Weise wie Einheimische, wie rechtmäßig in Deutschland lebende Ausländer von staatlichen Leistungen profitieren. Die Leistungen für ausgewiesene Straftäter sind deshalb auf das unabdingbar notwendige Maß zurückzuführen.

Die in Deutschland lebenden Ausländer sollen wissen: Wer sich integrieren will, soll hierbei Unterstützung erfahren. Wer aber die innere Sicherheit in Deutschland massiv bedroht, wer Gewalttaten begeht, der verwirkt sein Recht zum Aufenthalt in Deutschland. ■

DIHT-Umfrage spiegelt Stimmung im Mittelstand wieder

Zur Frühjahrsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Peter Rauen:

Das Ergebnis der Umfrage zeigt den Stimmungsumschwung im Mittelstand. Während im Herbst noch 80 % der Unternehmer positiv in die Zukunft blickten, sind dies derzeit gerade noch 20 %.

Schuld daran ist die Politik der Bundesregierung. Bei den sozialen Sicherungssystemen werden die Ausgaben nicht begrenzt, und in der Steuerpolitik wird der Mittelstand abkassiert. Mit der Einführung der Ökosteuer und der Verabschiedung des „Steuerentlastungsgesetzes“, welches ehrlicher Weise Steuerbelastungsgesetz heißen sollte, wird auf dem Rücken des Mittelstandes ein Steuererhöhungsprogramm für die Wirtschaft verabschiedet.

Diese Steuerreform bringt keinerlei Ansätze für die vom Mittelstand dringend benötigte Nettoentlastung. Den marginalen Entlastungen für die Unternehmen steht das dreifache an Belastungen gegenüber. Es entbehrt jeglicher ökonomischer Vernunft, daß die von allen Sachverständigen geforderten Entlastungen für die Unternehmen in ihr Gegenteil verkehrt werden. Die

Abschaffung von Steuervergünstigungen macht Sinn, aber nur wenn sie mit einer deutlichen Senkung der Steuersätze einhergeht. Aber genau dies passiert nicht.

Diese Steuerreform enthält keinerlei Ansätze für eine Senkung der Staatsquote und ein Zurückdrängen des Staates, wie es nicht nur von der Union, sondern auch von den führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten eingefordert wurde. Es fehlt am festen Willen, durch Einsparungen die Ausgaben des Staates und damit die Staatsquote zurückzudrängen, um hierdurch eine deutliche Nettoentlastung von Arbeitnehmern und Unternehmen zu ermöglichen.

Zu einer Senkung der Staatsquote unter Absenkung der Steuer- und Abgabenquote gibt es aber keine Alternative, wenn eine Steuerreform Impulse für den Arbeitsmarkt bringen soll. In den 80er Jahren wurden in den alten Bundesländern 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, weil es gelungen war, die Staatsquote, die Steuer- und Abgabenquote und die Neuverschuldung zu senken und damit mehr Geld in privater Verantwortung zu belassen. Diese Arbeitsplätze wurden fast ausschließlich in kleinen und mittleren Betrieben geschaffen.

CDU siegt bei Oberbürgermeister-Wahl in Kaiserslautern

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Kaiserslautern hat sich der CDU-Kandidat Bernhard Deubig gegen SPD-Amtsinhaber Gerhard Piontek durchgesetzt. Deubig, bisher Bürgermeister in Kaiserslautern, erzielte bei der Direktwahl 50,7 Prozent der Stimmen. Der nach Meinungsumfragen als Favorit angetretene SPD-Kandidat Piontek, der seit 1989 an der Stadtspitze in Kaiserslautern gestanden hatte, kam nur auf 30,45 Prozent der Stimmen. Insgesamt gingen nur 44,7 Prozent der 76.600 Wahlberechtigten zur Wahl.

Mittelstand ist Zahlmeister rot-grüner Steuerpolitik

Zur Verabschiedung der Steuergesetze erklärte der Vorsitzende der Steuerkommission der CDU/CSU Mittelstandsvereinigung, Hans Michelbach:

Die Gesamtsteuerbelastung für ein typisches mittelständisches Unternehmen ist heute in Deutschland 37,9 % höher als in Großbritannien, 27,8 % höher als in den Niederlanden und 10,6 % höher als in den USA. Deshalb war mit der großen Steuerreform der CDU/CSU eine Nettoentlastung von 30 Mrd. DM für mehr Wachstum und Beschäftigung vorgesehen.

Mit dem sogenannten Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 von Rot-Grün wird der Mittelstand bis zum Jahr 2001 durch die Verschärfung der Gewinnermittlung nicht entlastet, sondern weiter belastet. Bis zum Jahr 2001 wird keine Nettoentlastung gewährt. Zusätzlich wird mit der allgemeinen Steueraufwuchserhöhung der Mittelstand bis zum Jahr 2002 höhere Steuern zahlen müssen. Über 20 Mrd. DM werden bis zum Jahr 2002 den Mittelstand durch die rot-grüne Gift-Liste zusätzlich belasten und für Investitionen und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen fehlen. Das ursprüngliche Ziel, eine Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung durch Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen, wird deutlich verfehlt. Die Steuersätze werden gegenüber der CDU/CSU-Steuerreform völlig unzureichend gesenkt. Der Mittelstand wird bei den Grenzsteuersätzen im Tarif sogar höher besteuert. Das Niedrigsteuerprinzip der CDU/CSU-Steuerreform mit einem Tarif bis 35 % und 39 % für gewerbliche und private Einkünfte ist für den Mittelstand allein das richtige Konzept.

Der Schaden für den Mittelstand durch die Gegenfinanzierung ist in Verbindung mit

den rot-grünen Hochsteuersätzen verheerend. Aus der Gift-Liste wird folgende Verschärfung der Gewinnermittlung zur Überforderung des Mittelstandes führen:

§ 2a/2b EstG: Mindestbesteuerung und Einschränkung des Verlustausgleichs:

Diese Verschärfung bedeutet für den Mittelstand ein Investitionsverhinderungsprogramm und hat weitgehende volkswirtschaftliche Konsequenzen. Die Risikobereitschaft für Investitionen mit zunächst operativen Anfangsverlusten wird zu Lasten der Arbeitsplätze zurückgedrängt und ein Investitionsvolumen von über 50 Mrd. DM pro Jahr nicht mehr möglich werden. Damit werden bei allen Steuerarten erhebliche Steuermindereinnahmen die Folge sein. Die Beschränkung des Verlustausgleichs bzw. Verlustabzugs soll dann in Kraft treten, wenn bei dem Erwerb oder der Begründung der Einkunftsquelle die Erzielung eines steuerlichen Vorteils im Vordergrund steht. Dies soll z.B. dann der Fall sein, wenn nach dem jeweiligen Betriebskonzept die Rendite auf das einzusetzende Kapital nach Steuern mehr als das Doppelte dieser Rendite vor Steuern beträgt und die Betriebsführung überwiegend auf diesem Umstand beruht.

Hiervon besonders betroffen sind der Wohnungsbau und Aufträge für die Bauwirtschaft. Die Verunsicherung bei den Investoren und Kapitalanlegern wird weiter erhöht, und das Anlagekapital wandert weiter zu Lasten der deutschen Arbeitsplätze ins Ausland ab. Weiterhin bedeutet dies die Vernichtung von inländischen Immobilien-Fonds, Windkraft-Fonds, Kommunal-Leasing, die zur Steigerung der Investiti-

onskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen sinnvoll waren.

§ 3 Nr. 9 EstG: Abfindungen:

Für den Mittelstand werden die Abfindungen für Arbeitnehmer erheblich verteuert. Die Entlassungsabfindungen werden um ein Drittel reduziert.

Dies kann bei Auftragsproblemen im Mittelstand schnell zur Insolvenz führen.

§ 6 Abs 1 Nr. 1 und Nr. 2 EstG: Teilwertabschreibung und striktes Wertaufholungsgebot:

Trotz der Zusage der rot-grünen Bundesregierung an die Wirtschaft wird die Teilwertabschreibung nicht wie ursprünglich beibehalten. Dies führt zur Besteuerung von Scheingewinnen und belastet in hohem Maße die Liquidität. Die Wertaufholung ist volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Die den Unternehmen entzogenen Mittel stehen für Investitionen und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht mehr zur Verfügung.

Die Teilwertabschreibung wird durch das Erfordernis einer dauernden Wertminderung sowie durch die Einführung eines Wertaufholungsgebotes (Beweislastumkehr) eingeschränkt. Der Begriff der dauernden Wertaufholung ist dem Handelsrecht entliehen (§ 253 Abs. 2 HGB). Hiernach bedeutet eine dauernde Wertminderung ein nachhaltiges Absinken unter den maßgeblichen Buchwert. Außerdem wird ein striktes Wertaufholungsgebot eingeführt. Hat sich der Wert des Wirtschaftsgutes nach einer vorangegangenen Teilwertabschreibung wieder erhöht, so wird diese Betriebsvermögensmehrung nunmehr bis zum Erreichen der Betriebsobergrenze steuerlich erfaßt. Die Feststellungslast bzgl. des weiterhin gültigen niedrigeren Teilwerts (dauernde Wertminderung) obliegt dem Steuerpflichtigen. Wie diese dauernde Wertminderung dem Finanzamt

gegenüber nachgewiesen werden soll, bleibt fraglich. Künftig werden für jeden Bilanzstichtag gutachterliche Stellungnahmen von angesetzten Buchwerten nach einer Teilwertabschreibung notwendig sein. Der Verwaltungsaufwand sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch der Finanzverwaltung ist mit erheblichen Kosten verbunden, und die Auseinandersetzungen mit der steuerlichen Betriebsprüfung werden zunehmen.

Für die gesamte Wirtschaft bedeutet dies nachteilige Änderung der Kreditvergabepolitik

§ 6 Abs. 1 Nr. 3 EstG: Rückstellungen/Abszinsungsgebot:

Hiermit wird der deutschen Wirtschaft erheblich Investitionsliquidität zur Schaffung von Arbeitsplätzen entzogen.

Es erfolgt eine weitere Verschärfung bei den Bewertungsregeln für Rückstellungen. Danach sind Rückstellungen für Sachleistungsverpflichtungen mit den Einzelkosten und den angemessenen Teilen der notwendigen Gemeinkosten zu bewerten. Außerdem war bislang nur ein Abzinsungsgebot für Rückstellungen für Geldleistungsverpflichtungen vorgesehen. Nunmehr wird das Abzinsungsgebot auf Rückstellungen für Sachleistungsverpflichtungen ausgedehnt. Dies bedeutet eine erhebliche Einschränkung der Leistungsfähigkeit der betroffenen Unternehmen und eine Beschneidung der Investitionstätigkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze

§ 10 EstG: Begrenzung des Verlustrücktrags:

Der Verlustrücktrag ist nur noch innerhalb der jeweiligen Einkunftsart unbegrenzt möglich. Der Verlustrücktrag wird bis zum Jahr 2001 auf nur noch 1 Mio. DM beschränkt. Dies ist jedoch insbesondere für mittlere Unternehmen (100-500 Beschäftigte) völlig ungenügend und belastend. Es

Ökosteuer ist Generalangriff auf die Arbeitsplätze beim Mittelstand

Zur Verabschiedung des Ökosteuer-gesetzes erklärte der Vorsitzende der Steuerkommission der CDU/CSU Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU, Hans Michelbach:

Für die Verbraucher und Arbeitslosen in Deutschland ist die Einführung der Ökosteuer ein schwarzer Tag. Die Ökosteuer erweist sich als Steuerlüge, Arbeitskostenlüge und Umweltlüge – als ideologischer Popanz. Die Ökosteuer ist für die Verbraucher preisstei-gernd, beschäftigungsfreundlich und unsozial; für die Wirtschaft kostentrei-bend, investitionsfeindlich und wett-bewerbsverzerrend.

Es handelt sich um eine Steuererhö-hung, die schwerwiegende Folgen für

den Wirtschaftsstandort Deutschland haben wird und die Investitionen und Arbeitsplätze ins Ausland lenkt. So werden Verbraucher und Betriebe al-lein bei der 1. Ökosteuer-Stufe mit 8,4 Mrd. DM im Jahre 1999 und 12,4 Mrd. DM im Jahre 2000 belastet. Hinzu kommt die Zusatzbelastung von 1,4 Mrd. DM Mehrwertsteuer als soge-nannter Kaskadeneffekt. Nach den Vorstellungen der Grünen werden jährlich weitere 7 Prozent Mineralöl-steuererhöhung durchgeführt werden, was für Verbraucher und Wirtschaft eine Steuererhöhungsbelastung pro Jahr von 5 Mrd. DM bedeutet.

Das Ökosteuer-gesetz ist ein Investiti-onsverhinderungs- und Arbeitsplatz-vernichtungsprogramm in der mittel-ständischen Wirtschaft.

wird weiterhin in die Substanz der Unter-nehmen bei Verlustjahren eingegriffen. Dies trifft insbesondere die mittelständischen Unternehmen, für die Anlaufschwierig-keiten sowie das Überwinden einer Krise damit zu einer Existenzfrage wird.

§ 34 EstG: Streichung des halben Steuersatzes für Ver-äußerungsgewinne:

Damit wird der Generationswechsel im Mittelstand erschwert. Derjenige, der eigenes Risikokapital in Unternehmen steckt, dafür hart arbeitet und Arbeitsplät-ze schafft, wird am Ende seiner berufli-chen Tätigkeit abkassiert. Dies erschwert die Altersvorsorge. Hinzu kommt, daß diese gesetzliche Regelung noch mehr als bereits auch in der Vergangenheit gerade für diejenigen Unternehmer Probleme mit

sich bringen wird, die den Betrieb nicht gegen Entgelt veräußern können, sondern den Betrieb steuerlich aufgeben oder sogar zwangsweise aufgeben müssen.

§ 15 UStG/§§ 36-39 UStDV:

Vorsteuerabzugssenkung und Streichung bei betrieblich genutztem PKW/Verpfle-gung/Reisekosten.

§ 38 KAGG: Verschärfung der steuerfreien Veräußerungs-fristen bei Aktien, Kapitalan-lagen und Immobilien

Diese Steuerpolitik von Rot-Grün ist ein Investitionsverhinderungs- und ein Ar-beitsplatzvernichtungsprogramm. Diese Belastungen führen Deutschland in eine Wirtschaftskrise. ■

Ein eigener Rentenanspruch der Frauen bleibt Illusion

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieber-Jastram, erklärte zur 2./3. Lesung des Gesetzes zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse am 4. März:

Was ist nur aus den Schröderschen Vorschlägen zur Neuregelung der 630-DM-Jobs geworden? Bundeskanzler Schröders Vorschläge reichten von einer Quotierung, einer Regelung nach österreichischem Vorbild, einer Absenkung der Geringfügigkeitsgrenze auf DM 300,- bis hin zu einem Ersatz der Pauschalbesteuerung durch pauschale Sozialversicherungsbeiträge, ergänzt durch Steuerfreiheit.

Jede Interessengruppe wurde bedient. Jede Interessengruppe verunsichert. Schädlich für den Wirtschaftsstandort Deutschland! Schädlich für das Vertrauen der Bevölkerung in eine nachhaltige und verantwortungsbewußte Sozialpolitik.

Das nun vorliegende Gesetz ist der verzweifelte Versuch des Bundesarbeitsministeriums, die Eckpunkte, die der Bundeskanzler Ende letzten Jahres im Deutschen Bundestag formuliert hatte, in verfassungsgemäße Vorschriften zu kleiden. Ob dies gelungen ist, werden die von der Landesregierung Baden-Württemberg und der DAG angekündigten Verfassungsklagen zeigen.

Die Verunsicherung der Betroffenen durch die Art und Weise des Gesetzgebungsverfahrens wird durch die 3. Lesung des Gesetzentwurfs nicht beendet. Im Bündnis für Arbeit ist gerade eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die sich mit einem Gesamtkonzept zum Niedriglohnbereich beschäftigten soll. Dies ist zu begrüßen. Notwendig ist ein Gesamtkonzept, das einen

Übergang von geringfügiger Beschäftigung hin zu sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsverhältnissen und Maßnahmen im Niedriglohnbereich umfaßt. Vorschläge von uns liegen mit dem Kombilohn-Modell bereits vor.

Die Bundesregierung macht aber hier wieder den zweiten Schritt vor dem ersten. Erst regeln, dann überlegen, wie ein Gesamtkonzept aussehen soll. So nicht! Es steht zu befürchten, daß die jetzt beschlossenen Maßnahmen in Anbetracht der Entwicklung im Bündnis für Arbeit keinen langen Bestand haben wird.

Mehr Schwarzarbeit

Die Neuregelungen sind zu kompliziert und mit erheblichem bürokratischen Mehraufwand nicht nur für die Sozialversicherungsträger, sondern auch für die Betriebe und Privatpersonen verbunden. Das führt nicht zu mehr legaler Beschäftigung, sondern zu mehr Schwarzarbeit. Ein solches Bündnis für Schwarzarbeit ist abzulehnen.

Die groß verkündete soziale Absicherung, insbesondere ein eigener Rentenanspruch bleibt für die meisten 630-DM-Jobber eine Illusion. Um einen Rentenanspruch zu erwerben, müssen sie 42 Jahre und 2 Monate gearbeitet haben, und für jedes Beitragsjahr erwerben sie eine Rente von gerade mal DM 4,17 im Monat. Damit werden die Erwartungen der Bevölkerung, insbesondere der Frauen an eine Verbesserung ihrer Alterssicherung enttäuscht.

Das erste sozialpolitische Gesetz der Regierungskoalition, das über die bloße Rücknahme der von der alten Regierung getroffenen Maßnahmen hinausgeht, muß daher als gescheitert betrachtet werden. ■

Rot-Grün steuert Schlingerkurs

Zu den Finanzergebnissen der Gesetzlichen Krankenversicherung für 1998 und zu den Klausurgesprächen der SPD und der Grünen zur Gesundheitspolitik erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Die Finanzergebnisse der Gesetzlichen Krankenversicherung für 1998 belegen eindrucksvoll den Erfolg der Gesundheitspolitik der früheren Bundesregierung von CDU/CSU und FDP. Von 1993 bis 1998 gab es stabile Beitragssätze bei einer qualitativ erstklassigen medizinischen Versorgung unserer Bevölkerung. Diese Ergebnisse sind die Eröffnungsbilanz für die neue Bundesregierung. Daran wird sie sich im Verlauf der nächsten Jahre messen lassen müssen.

Mittlerweile präsentiert die rot-grüne Koalition in wöchentlichen Abständen immer neue Reformvorschläge zur Gesundheitspolitik. Damit wird in leichtfertiger Weise und mit ideologischer Zielsetzung ein gut funktionierendes Gesundheitssystem zerredet. Dies verunsichert die Patienten und die im Gesundheitswesen Tätigen. Die Koalition glaubt, das Heil in der Gesundheitspolitik liege in einer zentralistisch vorgegebenen Listenmedizin und einer Stärkung der Macht der Krankenkassen. Dieser Weg würde aber zu einer Verschlechterung unseres Gesundheitssystems führen, wie das Beispiel Großbritannien zeigt.

Zu den entscheidenden Eckpunkten der geplanten Reform legt die Koalition nur unausgelegene und undurchdachte Vorschläge vor:

1. Pläne, die darauf hinauslaufen, den direkten Zugang der Versicherten zur fachärztlichen Versorgung zu erschweren oder durch höhere Beiträge zu bestrafen, sind ein erster Schritt zur Entmündigung

der Versicherten und zur Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Die freie Arztwahl für die Versicherten ist ein Eckpfeiler unseres freiheitlichen Gesundheitswesens.

2. Eine Strukturreform ohne entscheidende Maßnahmen im größten Ausgabenbereich der GKV, dem Krankenhaussektor, ist nur Stückwerk. Zu Reformen in diesem Bereich bleiben die Aussagen der Koalition jedoch bemerkenswert vage und halbherzig. Mit der Reform des Krankenhausbereichs steht und fällt jedoch der Erfolg einer grundlegenden Strukturreform im Gesundheitswesen.

3. Ein elementarer Punkt des rot-grünen Konzepts ist die geplante Finanzsteuerung der GKV durch ein Globalbudget. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Budgets unweigerlich dazu führen, daß irgendwann die Rationierung medizinischer Leistungen beginnt. Der richtige Weg wäre stattdessen die Schaffung eines Gleichgewichts zwischen Solidarität und Eigenverantwortung.

4. Bei den bisher bekannt gewordenen Plänen geht es ganz klar um eine Machtverlagerung zu Gunsten der Krankenkassen. Die Versorgungsstrukturen sollen von den Krankenkassen gestaltet und beherrscht werden. Damit tritt im Wettbewerb unter den Kassen um den Bestand an Versicherten das Wohl des einzelnen Kranken in den Hintergrund. Eine solche Machtkonzentration bei den Krankenkassen kann aber nicht im Interesse der Versicherten sein. Denn diese müssen dann damit rechnen, vom Schalterangestellten der Krankenkassen unter betriebswirtschaftlichen Aspekten vorgeschrieben zu bekommen, welche Leistungen und welche Leistungserbringer sie als Patienten in Anspruch nehmen dürfen. ■

Kürzung beim Meister-BAföG zurücknehmen!

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gunnar Uldall und der Präsident der Handwerkskammer Koblenz, Karl-Heinz Scherhag, erklärten anlässlich der Beratungen im Wirtschaftsausschuß zum Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums:

Die Regierung Schröder will laut Haushaltsplanentwurf die Mittel für das Meister-BAföG um 40 Prozent (absolut: 66,7 Mio. Mark) kürzen. Dies ist aus folgenden Gründen völlig unverständlich:

1. Mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, besser bekannt als Meister-BAföG, hatte die vorherige Bundesregierung für angehende Meister, Techniker und mittlere Führungskräfte ein mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vergleichbares Förderinstrument geschaffen.

Als nicht zu unterschätzender Standortfaktor unseres Landes im internationalen Wettbewerb wurde die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung realisiert.

2. Die Anzahl der Unternehmen in Deutschland nimmt ab. Dies hat fatale Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dabei sorgt jeder Existenzgründer im Schnitt für drei neue Arbeitsplätze. Arbeitsplätze, auf die wir nicht verzichten können.

In den nächsten fünf Jahren stehen rund 200.000 Betriebe vor einem Generationswechsel. Der Mangel an qualifizierten Betriebsführern wirkt sich jedoch bedrohlich

auf den reibungslosen Generationswechsel in den Unternehmen aus. Rund 50.000 Betriebe sind deshalb von Stilllegung bzw. Aufgabe bedroht, eine halbe Million Arbeitsplätze können verlorengehen. Hier Abhilfe zu schaffen, die nötigen Qualifizierungen junger Leute zu erleichtern und attraktiv zu machen, unternehmerisch denkenden und handelnden Menschen den Weg in die Selbständigkeit zu ebnen, sollte Ziel der Regierung sein, um Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Gunnar Uldall: „Mit einer solchen Politik werden die anstehenden gravierenden Probleme unserer mittelständischen Wirtschaft nicht gelöst. Durch eine Aufwertung des AGBG könnte hingegen ein mittelstandspolitisches Zeichen ersten Ranges gesetzt werden. Es gibt deshalb allen Grund, das Meister-BAföG weiter auszubauen statt zu kürzen.“

Im Haushaltsentwurf 1999 der vorherigen Bundesregierung waren für den Titel Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung die notwendigen Mittel in Höhe von insgesamt 166,7 Mio. Mark ausgewiesen – entsprechend der anteiligen Finanzierung des AGFB durch das BMBF zu 60 Prozent (= 100 Mio. Mark) und des BMWi zu 40 Prozent (= 66,7 Mio. Mark).

Nunmehr ist im Einzelplan 09 lediglich ein Beitrag von 100 Mio. Mark ausgewiesen. Eine Kürzung des AGBF um exakt 40 Prozent.

Luftfahrtforschung

Die Kürzungen sind extrem beschäftigungsfeindlich

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Udall, und der Berichterstatter für Luft- und Raumfahrt, Norbert Lammert, erklärten anlässlich der Beratungen im Wirtschaftsausschuß zum Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums:

Nach dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung soll das Luftfahrtforschungsprogramm des Bundes drastische Kürzungen von ehemals 600 Mio. Mark auf 240 Mio. Mark für die nächsten vier Jahre erfahren.

Da der Bund die Luftfahrtforschung bisher als eine ureigenste Aufgabe zur Stärkung und den Erhalt des Kompetenzvorsprungs der deutschen Industrie im internationalen Maßstab angesehen hat, wurden die Belastungen zwischen Industrie und Bund konsequenterweise je zur Hälfte aufgeteilt.

Nun will der Bund seinen Fördersatz von 50 Prozent auf 20 Prozent zurückschrauben und die Industrie mit 60 Prozent Eigenanteil in die Pflicht nehmen. Die übrigen 20 Prozent der anfallenden Kosten sollen neuerdings die Länder tragen. Vor allem für finanzschwache Länder wie Bremen und Brandenburg eine kaum tragbare Belastung.

Die Freude über die eingesparten Millionen dürfte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Diese Pläne sind zum einen extrem beschäftigungsfeindlich:

Durch die massive Kürzung der Forschungsförderung riskiert man die Auslagerung hochwertiger Arbeitsplätze ins Ausland. Die Luftfahrtbranche Europas wird zusammenwachsen, aber Deutschlands Position geschwächt. In einer Phase der

Neustrukturierung der Luft- und Raumfahrtindustrie in Europa – der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern (EADC) ist im Entstehen begriffen – und angesichts des immer stärker werdenden Drucks der amerikanischen Konkurrenz in Entwicklung und Produktion ist eine Reduzierung des Förderprogramms das falsche Signal zu einem denkbar falschen Zeitpunkt. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Nun muß befürchtet werden ...

Zum anderen ist das neue Konzept auch kaum umsetzbar: Die in den letzten Jahren erfolgreich aufgebauten Forschungsverbünde zwischen Industrie und Forschungseinrichtungen hatten ihre Planung auf einer verlässlichen Förderquote aufgebaut.

Nun steht zu befürchten, daß 18 Monate Vorarbeit vergebens sind, weil eine zeit- und kraftraubende völlige Neuausrichtung notwendig ist. Vor allem die Bund-Länder-Koordination, die aufgrund der geforderten Länderbeteiligung notwendig wird, dürfte zu erheblichen Verzögerungen führen. Betroffen sind hiervon vor allem mittelständische Zulieferbetriebe. Können wir uns das leisten?

Soll Deutschland auch in Zukunft ein in der Welt geachteter Technologie- und Forschungsstandort sein, darf jetzt nicht am falschen Ende gespart werden.

Die CDU/CSU-Fraktion hat deshalb im Wirtschaftsausschuß beantragt, die Luftfahrtforschung im bewährten Rahmen fortzuführen. ■

Tourismus in Deutschland: Leitökonomie der Zukunft

Zur Vorstellung eines 12 Punkte-Sofortprogramms für den Tourismusstandort Deutschland anlässlich der Eröffnung der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin erklärten der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Hannelore Rönsch:

Die Tourismuspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben zur Eröffnung der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, der größten Tourismus-Messe der Welt, ein „12 Punkte-Sofortprogramm zur Sicherung und zum Ausbau des Tourismusstandorts Deutschland“ vorgestellt.

Tourismus ist weltweit die Zukunftsbranche Nr. 1 und wird in Deutschland als „Leitökonomie der Zukunft“ bezeichnet. Die Branche gilt als Hoffnungsträger bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und hat bereits heute eine große gesamtwirtschaftliche Bedeutung: sie sichert direkt und indirekt in Deutschland 2,5 Millionen Arbeitsplätze und 80.000 Ausbildungsplätze, hat einen Anteil von ca. 8% am Bruttoinlandsprodukt und erwirtschaftet einen Umsatz von ca. 230 Milliarden DM. Das Potential für mehr Arbeitsplätze und Einkommen im Bereich Urlaub, Reisen und Freizeit ist noch keineswegs voll ausgeschöpft.

Der touristische Mittelstand leistet auch einen großen Beitrag zu den gesamtstaatlichen Steuereinnahmen von ca. 800 Milliarden DM. Es wäre gesamtgesellschaftlich mehr als gerecht, einen größeren Teil der erwirtschafteten Steuereinnahmen als bisher auch direkt zur Sicherung des touristischen Mittelstandes einzusetzen. Im einzelnen fordern wir:

1. Rücknahme des mittelstandsfeindlichen Gesetzes zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (630 DM-Jobs) und zügige Wiederherstellung des status quo (insbesondere auch aufgrund der Verfassungswidrigkeit der Neuregelung).

2. Sofortige Rücknahme der „sogenannten“ Ökologischen Steuerreform, die nachhaltig zur Mehrbelastung und Wettbewerbsbenachteiligung der deutschen Tourismus- und Verkehrswirtschaft führt (Verteuerung von Strom und Kraftstoffen).

3. Sofortige Rücknahme des mittelstandsfeindlichen Jahressteuergesetzes sowie seiner nachhaltigen Wettbewerbsverzerrung und Belastungstatbestände für die Tourismusbranche (insbesondere durch die Abschaffung des Vorsteuerabzugs bei Geschäftsessen und -reisen).

4. Revitalisierung der deutschen Innenstädte durch Verstärkung der Städtebauförderprogramme von Bund und Ländern, um den Städtetourismus als nachfragestärkstes Segment des Deutschlandtourismus qualitativ und quantitativ weiter auszubauen.

5. Aufstockung der Mittel für Tourismusfördermaßnahmen in der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Ost und West nachdem in den Bundesländern vorliegenden Antragsvolumen zur nachhaltigen Schaffung auch von Dienstleistungs- und Tourismusarbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt.

6. Zügige Realisierung und Ausbau der beschlossenen Bundesverkehrswegeplanung, damit sich Deutschland zu einem wichtigen touristischen Verkehrsdrehkreuz in Europa zu Wasser, Luft, Schiene und Straße entwickeln kann.

7. Anpassung der Tarifverhandlungen im Dienstleistungsgewerbe an die wirtschaftliche Situation in der Tourismusbranche. Zur Arbeitsplatzsicherung bzw. -schaffung appellieren wir an die Tarifparteien, maßvolle Abschlüsse mit Augenmaß und Vernunft anzustreben.

8. Erhöhung der finanziellen Mittel für die Marketingarbeit der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT), um den „Tourismusstandort Deutschland“ national und international noch effizienter zu vermarkten und einen Beitrag zur Senkung des ständig wachsenden Defizits in der deutschen Reiseverkehrsbilanz von gegenwärtig 51,5 Milliarden DM zu leisten.

9. Eine touristische Bildungs-, Weiterbildungs- und Qualifikationsoffensive für den deutschen Fremdenverkehr in Zusam-

menarbeit der Bundesanstalt für Arbeit mit Industrie- und Handelskammern, Verbänden sowie Universitäten und Hochschulen.

10. Grundsätzlich keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Jede Erhöhung wäre für die deutsche Tourismuswirtschaft ein nicht wiedergutzumachender Rückschlag, der die Kaufkraft schwächen, die Preise weiter erhöhen und deutsche mittelständische Anbieter im internationalen Preisvergleich erheblich benachteiligen würde.

11. Beibehaltung des innergemeinschaftlichen Duty-Free-Handels durch Schaffung einer nochmaligen Übergangsfrist von 5 Jahren über den bisher vorgesehenen Auslauftermin 30. Juni 1999 hinaus. Die bislang gültige Regelung schadet niemandem, doch nützt sie den betroffenen Leistungsanbietern und ist eine wichtige Bereicherung der touristischen Attraktivität vieler deutscher Ferienregionen.

12. Organisation einer touristischen Innovations-Offensive des Bundes mit deutschen Ferienregionen im Bereich neue Medien und elektronischer Vertrieb. ■

Frischluff NRW e.V. bietet Zeltlager nur für Mädchen

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft Nordrhein-Westfalen e.V. bietet am Wochenende nach Fronleichnam am Biggensee bei Olpe ein Zeltlager speziell für Mädchen ab 14 Jahren an. Zu dem Programm gehören eine Rallye zur Erkundung der Umgebung, eine Fahrradtour, Grillabend und mehr. Natürlich werden auch die Zelte gemeinsam auf- und abgebaut.

Das Zeltlager findet von Freitag, 4. Juni bis Sonntag, 6. Juni auf dem Campingplatz am Biggensee bei Olpe

statt. Der Teilnehmerinnenbeitrag beträgt 60 DM und beinhaltet Unterkunft in Zelten, Verpflegung und Programm. Die Fahrtkosten werden anteilig erstattet. Die Teilnahme erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldung. Anmeldeschluß ist der 3. Mai.

Anmeldung und Informationen bei
Frischluff Nordrhein-Westfalen e.V., Postfach 150232, 51344 Leverkusen, Telefon (02 14) 8202292, Telefax (02 14) 8202294, e-Mail: frischluft@leverkusen.com.

Schröder-Regierung mißbraucht Aussiedler in der Frage der Doppelstaatsangehörigkeit

Die CDU ist bereits seit Jahrzehnten der traditionelle Anwalt für die politischen und persönlichen Belange der Spätaussiedler. Unsere Aussiedlerpolitik hat sich in der Vergangenheit immer an den Schicksalen und Anliegen der Aussiedler, Spätaussiedler und deren Familien sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den Herkunftsgebieten orientiert und war stets geprägt durch die Grundsätze der Solidarität und Verantwortung.

Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Wie wichtig der Einsatz der CDU für die Belange der Aussiedler ist, hat sich in besonderem Maße auch in der Diskussion um die doppelte Staatsangehörigkeit gezeigt, die in den vergangenen Wochen das politische Geschehen beherrscht hat. Im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der Schröder-Regierung, der eine generelle Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit vorsieht, haben führende Vertreter von SPD und Grünen immer wieder versucht, den Deutschen aus Rußland und den anderen GUS-Staaten, die vielfach erst nach einem langen und beschwerlichen Lebensweg ersehnte Erlaubnis zur Ausreise nach Deutschland erhalten haben, für ihre politischen Zwecke zu mißbrauchen.

Im Mittelpunkt dieser zweifelhaften Bemühungen steht der Versuch, die Aussiedler in die Rolle eines Kronzeugen für die vermeintlichen Vorteile einer doppelten Staatsangehörigkeit zu drängen. Diese Politik auf dem Rücken der Aussiedler ist jedoch nicht nur moralisch höchst fragwür-

dig, sondern entbehrt auch einer seriösen Grundlage:

So haben SPD und Grüne immer wieder behauptet, daß in Deutschland zwei Millionen Aussiedler über die doppelte Staatsangehörigkeit verfügen. Wahr ist hingegen, daß das Statistische Bundesamt unter den 544.000 deutschen Staatsangehörigen mit einer weiteren Staatsangehörigkeit für das Jahr 1997 nur 88.000 Personen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, 82.000 aus Polen, 43.000 aus Rumänien und 23.000 aus den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas ausweist.

Falschen Eindruck erweckt

SPD und Grüne haben auch immer wieder den Eindruck erweckt, daß die Rußlanddeutschen als eine besonders privilegierte Gruppe schon seit Jahren von der doppelten Staatsangehörigkeit Gebrauch machen und davon profitieren würden. Wahr ist hingegen, daß besonders die Herkunftstaaten auf dem Gebiet der GUS den Aussiedlern bei der Verwirklichung ihres verständlichen Wunsches nach Entlassung aus der alten Staatsangehörigkeit immer wieder gesetzliche und finanzielle Hürden in den Weg gestellt haben.

So pflegte die Sowjetunion bis zu ihrem endgültigen Zusammenbruch jede Gelegenheit zu nutzen, um die Deutschen aus Rußland während des Entlassungsverfahrens durch die sowjetische Botschaft in der Bundesrepublik gründlich auszufragen. Wer das Schicksal seiner ausreisewilligen Familienangehörigen in Rußland nicht gefährden wollte, tat gut daran, sich

CDU-Aussiedlerkonferenz fordert Kontinuität in der Aussiedlerpolitik

Anlässlich der CDU-Aussiedlerkonferenz am 25. Februar im Konrad-Adenauer-Haus erklärten Generalsekretärin Angela Merkel und die Aussiedlerbeauftragte der CDU, Eva-Maria Kors:

Die CDU ist und bleibt der traditionelle Anwalt für die politischen und persönlichen Belange der Aussiedler und Spätaussiedler! Unsere Aussiedlerpolitik hat sich in der Vergangenheit immer an den Schicksalen und Anliegen der Aussiedler, Spätaussiedler und deren Familien sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den Herkunftsgebieten orientiert und war stets geprägt durch die Grundsätze der Solidarität und Verantwortung. Daran wird sich in Zukunft nichts ändern!

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen werden weiterhin die schnelle Eingliederung der Aussiedler und Spätaussiedler in ihre neue Umgebung und die Gewährung von dazu erforderlichen Eingliederungshilfen und Sprachkursen sowie die Förderung von Integrationsprojekten insbesondere für jugendliche Spätaussiedler stehen.

Des Weiteren werden wir darauf drängen, daß die Sprachförderung der Aussiedlungswilligen in den Herkunftsgebieten künftig sichergestellt bleibt. Denn nur mit guten Sprachkenntnissen können die Voraussetzungen für die von allen gewünschte und angestrebte Integration der Spätaussiedler und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden.

Wir appellieren an die Bundesregierung, sich in ihrer Aussiedlerpolitik nicht – wie leider zu oft in der Vergangenheit geschehen – von ideologisch motivierten Äußerungen leiten zu lassen! Wir als CDU werden die Arbeit der Regierung kritisch im Sinne der Aussiedler und Spätaussiedler begleiten und daran messen, inwieweit die Regierung die in der Vergangenheit von der unionsgeführten Bundesregierung bereitgestellten Hilfestellungen in den unterschiedlichsten Formen auch in Zukunft den Aussiedlern und Spätaussiedlern gewähren und diese den jeweiligen aktuellen Gegebenheiten anpassen wird, um so die groß angekündigten Ziele einer verbesserten Integration der Aussiedler und Spätaussiedler zu erreichen.

dem langwierigen und entwürdigendem Entlassungsverfahren erst gar nicht zu unterziehen. Darüber hinaus erheben die Verwaltungen der Herkunftsländer bis heute extrem hohe Verwaltungsgebühren, die bei der Entlassung aus der alten Staatsangehörigkeit fällig werden. Für eine Familie mit fünf Kindern kann sich die Gebühr auf eine Summe von bis zu 7.000 DM summieren.

Wahr ist auch, daß sich selbst die binationalen Aussiedlerfamilien, die öfter nach Rußland oder in die anderen Staaten der ehemaligen UdSSR reisen, um dort ihre Familienangehörigen zu besuchen, vielfach trotz aller Schwierigkeiten um eine möglichst schnelle Entlassung aus der alten Staatsangehörigkeit bemühen. Die ehemaligen Sowjetbürger wissen sehr wohl, daß die deutsche Botschaft im Notfall ►

einem „Doppelstaatler“ keinen Schutz bieten kann. Den Aussiedlern sind auch Fälle der Zwangseinberufung von reisenden Ex-Sowjetbürgern in die Armeen der GUS-Staaten bekannt.

Die SPD steht den Aussiedlern keineswegs hilfreich zur Seite

Wahr ist leider auch, daß die SPD den Aussiedlern, die bislang die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten haben, obwohl sie diese gerne ablegen würden, keineswegs hilfreich zur Seite steht.

Lapidar erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Inneren, Cornelia Sonntag-Wolgast, auf eine parlamentarische Anfrage des Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk, was die Bundesregierung zur Erleichterung der entsprechenden Entlassungsverfahren mit den vielfach überzogenen Verwaltungsgebühren unternehmen würde: „Die Ausgestaltung der Entlassungsverfahren und die Festlegung der Entlassungsgebühren ist Sache des jeweiligen Herkunftsstaats.“

SPD und Grüne verkennen völlig, daß gerade die Deutschen aus Rußland ein beson-

deres Verhältnis zu ihrem deutschen Paß haben. Ihr Wunsch nach Entlassung aus der alten Staatsangehörigkeit ist ein eindeutiges Zeichen ihrer vollständigen Hinwendung zu deutschen Gesellschaft. Diese Integrationbereitschaft will die Schröder-Regierung aber scheinbar nicht ernst nehmen, weil auch eine solch eindeutige Haltung dazu beiträgt, ihre hochfliegenden Pläne zur generellen Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit an der politischen Wirklichkeit scheitern zu lassen.

Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um die doppelte Staatsangehörigkeit appelliert die CDU an die Bundesregierung, sich in ihrer Aussiedlerpolitik nicht – wie leider zu oft in der Vergangenheit geschehen – von ideologisch motivierten Äußerungen leiten zu lassen.

Die CDU wird die Arbeit der Regierung auch weiterhin kritisch im Sinne der Aussiedler und Spätaussiedler begleiten und daran messen, inwieweit die Regierung die in der Vergangenheit von der unionsgeführten Bundesregierung bereitgestellte Unterstützung in den unterschiedlichsten Formen auch in Zukunft den jeweils aktuellen Gegebenheiten anpassen wird. Die CDU bleibt an der Seite der Aussiedler.

Preis-Ausschreibung

Der Deutsche Bundestag vergibt auch 1999 wieder zwei Preise: den Wissenschaftspreis und den Medienpreis des Deutschen Bundestages für Arbeiten zum Parlamentarismus.

Ausgezeichnet werden sollen hervorragende wissenschaftliche und publizistische Leistungen. Die Vergabe der Preise soll zu einer intensiven Beschäftigung mit Parlamentsfragen anregen und zu einem vertieften Ver-

ständnis der parlamentarischen Praxis beitragen.

Die beiden Preise sind mit je 20.000 DM dotiert und werden durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages überreicht werden.

Anfragen sind zu richten an:

Deutscher Bundestag
Wissenschaftspreis/Medienpreis
Referat WD 1
Görrestr. 15
53113 Bonn
Tel.: 0228/16274 10
Fax: 0228/16261 69.

Rot-Grün verliert die Mehrheit

Die rot-grüne Bundesregierung hat nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap im März erstmals seit der Bundestagswahl die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung verloren.

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die SPD nur noch auf 38 Prozent (minus zwei Prozent zum Vormonat). Die Grünen könnten mit sechs Prozent der Stimmen rechnen. CDU/CSU kämen danach auf 41 Prozent und wären mit einem Plus von zwei Punkten stärkste Gruppierung vor der SPD. FDP und PDS liegen bei jeweils fünf Prozent. Bei der Umfrage im Auftrag des ARD-Magazins „Bericht aus Bonn“ wurden 1.300 Bundesbürger befragt.

Zu den Verlusten des Regierungslagers erklärte Infratest dimap, das schlechte

Erscheinungsbild der Bundesregierung finde seinen Ausdruck in einer überwiegend negativen Bewertung ihrer Arbeit. So seien nur 28 Prozent der Bevölkerung mit der bisherigen Leistung der rot-grünen Koalition zufrieden, zwei Prozent weniger als im Dezember 1998. 68 Prozent (plus 14 Punkte) sind dagegen weniger oder gar nicht zufrieden mit dem, was die Regierung bislang an Ergebnissen geliefert hat.

Große Zweifel herrschen laut Umfrage bei dem erklärten Ziel der Regierung, die Arbeitslosigkeit zu senken. Nur noch 23 Prozent sind der Ansicht, daß Rot-Grün den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erfolgreich gestalten kann, acht Punkte weniger als im November. Drei Viertel der Befragten glauben indessen nicht mehr daran.

Der rot-grünen Städtebauförderung fehlt die Zuverlässigkeit

Zur fehlenden Aufstockung der Städtebauförderung erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz:

Nach den jüngsten Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag ist klar: Die Schröder-Regierung wird die Städtebauförderungsmittel nicht erhöhen. Damit hat Rot-Grün mit Bundeskanzler Schröder an der Spitze erneut ein Wahlversprechen gebrochen.

Die Städtebauförderung, die zu je 1/3 von Bund/Länder und der jeweiligen

Kommune finanziert wird, führt zu zusätzlichen privaten Investitionen, wie dies bei keinen anderen öffentlichen Ausgaben der Fall ist. Städtebauförderungsmittel finanzieren sich weitgehend selbst. Sie tragen zur Erhaltung und Stärkung der Innenstädte bei. Die von der SPD im Bundestagswahlkampf großspurig angekündigte Verdoppelung der Städtebauförderung war gelogen.

Städte, Gemeinden und Investoren sind zum Teil enttäuscht, zum Teil haben sie nichts anderes erwartet.

Kommunales Wahlrecht für EU-Bürger

Unter diesem Titel hat Günter W. Will in der Reihe „Interne Studie“ (Nr. 143/1999) der Konrad-Adenauer-Stiftung Studien und Materialien, wie es im Untertitel heißt, zusammengetragen, die sich im internationalen Vergleich mit dem aktiven und passiven EU-Bürger-Wahlrecht befassen.

Einzelheiten dazu wurden in der Richtlinie 94/80 EG im Dezember 1994 festgelegt. Sie verpflichten die Mitgliedstaaten, ihre nationalen Verwaltungsvorschriften anzupassen. In der Bundesrepublik Deutschland waren dafür die Länder zuständig.

Bis zur Einführung des Kommunalwahlrechts für EU-Bürger waren in Deutschland die Möglichkeiten zur politischen Betätigung von Ausländern stark eingeschränkt; zumindestens für die Unionsbürger hat sich das Spektrum insofern erweitert, als sie nicht auf die Stimmabgabe alle vier bis fünf Jahre beschränkt sind.

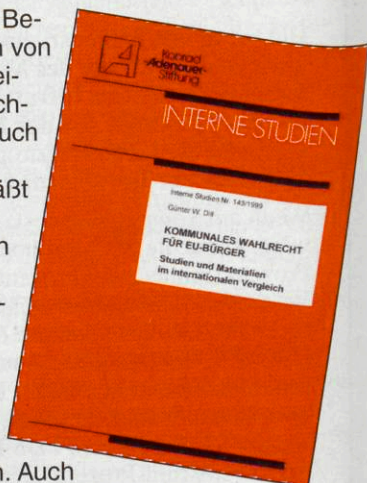
Ein neues Feld politischer Einflußnahme eröffnet

Viele Bundesländer haben es als sachgerecht angesehen, sie auch an Sachabstimmungen (Bürgerbegehren/Bürgerentscheid) teilnehmen zu lassen und somit politisch Interessierten ein neues Feld politischer Einflußnahme eröffnet.

Ob so die Begünstigten von ihren erweiterten Rechten Gebrauch machen werden, läßt sich nach den ersten Wahlen und Sachabstimmungen nicht abschließend beantworten. Auch über politische Interessen und Parteipräferenzen liegen bisher nur wenige aussagekräftige Untersuchungen vor.

Die Parteien stehen vor der großen Herausforderung, ihre jeweiligen Zielgruppen unter den neuen Wahlbürgern zunächst einmal besser kennen zu lernen, um sie ggf. zur Unterstützung bzw. Mitarbeit zu gewinnen.

Die Studie können Sie in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Referat für Publikationen, Postfach 1420, 53732 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/2 46-5 98, Telefax: 022 41/2 46-4 79 gegen eine Schutzgebühr von 5 DM bestellen.



Bernd Röttger machte das Rennen

Neuer Landrat im Rheingau-Taunus-Kreis wird Bernd Röttger. Der CDU-Politiker aus Hünstetten hat sich am 28. Februar mit 53 Prozent der Stimmen bereits im ersten Durchgang gegen seinen SPD-Konkurrenten durchge-

setzt, der lediglich auf 40,7 Prozent der Stimmen kam. – Bernd Röttger, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion und Leiter der Abteilung Kommunikation beim Frankfurter Umlandverband, wird sein Amt am 5. Juli antreten.

Konrad-Adenauer-Stiftung

Aktuelle Termine im März

● **18.-19. März, 14.15 Uhr:** Regierungswechsel in Bonn – Was bedeutet Rot-Grün für unser Land? Eichholzer Forum

Bildungszentrum Schloß Eichholz, Urfelder Str. 21, 50389 Wesseling

● **22. März, 12.30 Uhr:** Migration und doppelte Staatsbürgerschaft – wie Deutschland von Amerika lernen kann

Expertengespräch mit Barbara Schmitter-Heisle

Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin

● **22. März, 18 Uhr:** Wo endet Europa? Agenda 2000 – Erweiterung – Zukunftsaufgaben

2. Europa-Talk-Show der KAS in Zusammenarbeit mit der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen
Maritim Hotel, Godesberger Allee, 53175 Bonn

● **23. März, 11 Uhr:** Deutschland im 20. Jahrhundert: Rückbesinnung auf die Vergangenheit als Schlüssel für unsere demokratische Zukunft
Vortragsveranstaltung mit Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland
Konrad-Adenauer-Gymnasium,

Max-Planck-Str. 24-36, Bonn-Bad Godesberg

● **23. März, 14.15 Uhr:** Toleranz als Grundlage der Demokratie in Deutschland
Vortragsveranstaltung mit Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland
Luisengymnasium, Bastionstr. 24, Düsseldorf

● **24. März, 19 Uhr:** Bürgerrechte 2000 – eine Wertedebatte
Zukunftsakademie mit Günter Nooke MdB und Christian Wulff MdL
Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin

● **29. März, 20 Uhr:** Keine Zukunft ohne Bildung!
Schmalkaldener Schloßgespräch mit Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Dr. Hanna-Renate Laurien, Minister Andreas Trautwetter MdL, Schloß Wilhelmsburg, Schmalkalden

● **30. März, 15.30 Uhr:** „Das Wichtigste ist der Mut“. Konrad-Adenauer – Die letzten Kalenderjahre
Lesung mit Dr. Anneliese Poppinga
Gasthaus Posthorn, Eisenbahnstr. 24, Herbolzheim

Jeder zweite Ostdeutsche spart regelmäßig

Die Ostdeutschen sind trotz der im vergangenen Jahr gesunkenen Nettoeinkommen fleißige Sparer. Knapp die Hälfte der privaten Haushalte in den neuen Ländern legt regelmäßig etwas auf die hohe Kante, wie der Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband (OSGV) in Berlin mitteilte. Bei Geldanlagen bevorzugen die Ostdeutschen nach wie vor höherverzinsliche, aber sichere Angebote.

Eine Gesellschaft für alle Lebensalter

Internationales Jahr der älteren Menschen 1999 in Deutschland



Mit dem Ende dieses Jahrhunderts haben die Vereinten Nationen das Jahr 1999 zum Internationalen Jahr der älteren Menschen erklärt. Das 20. Jahrhundert klingt somit mit einem Internationalen Jahr aus, das die Aufgabe hervorhebt, sich einer der großen demographischen Herausforderungen zu stellen: dem rasanten Anwachsen des Anteils der älteren Menschen an der Weltbevölkerung.

Diese Entwicklung auch in Deutschland ist nicht negativ zu sehen, sondern als eine Herausforderung im Sinne des Mottos des Internationalen Jahres: Eine Gesellschaft für alle Lebensalter zu sein.

Die Senioren-Union begrüßt die zahlreichen Initiativen von gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen sowie der Wohlfahrtsverbände, vielfältige Veranstaltungen zum Internationalen Jahr der älteren Generation in Deutschland zu organisieren. Auch die Senioren-Union beteiligt sich am Internationalen Jahr. **So ist ein Kongreß unter dem Motto „Bildung im Alter“ im September**

1999 in Dresden geplant. Dieser Kongreß soll dazu dienen, Weiterbildungsmöglichkeiten von Senioren im In- und Ausland darzustellen und über neue Konzeptionen für ein Bildungsangebot an ältere Menschen nachzudenken.

Informationen zum Internationalen Jahr können in der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. 0228/544-360 oder per Fax: 0228/544-367 angefordert werden.

Folgende Kongresse werden bundesweit im Jahr der Senioren angeboten:

- „Gesundes Altern“ – Konferenz anläßlich des Weltgesundheitsjahres 1999
in Bonn, 7. April
- „Europäischer Gipfel der Generationen“
in Stuttgart, 2. bis 4. Mai
- „Seniorenparlament“
Bundestag Bonn, 15. Juni
- „IV. Europäischer gerontologischer Kongreß“
in Berlin, 7. bis 11. Juli.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

● „Mehrheiten Gewinnen“, Leitfaden

In den Kommunen ist das politische Handeln für jeden einzelnen direkt spürbar. Dies macht den besonderen Reiz für die politische Arbeit vor Ort aus. Für die CDU hat der Stellenwert der Kommunalpolitik in zweifacher Hinsicht noch an Bedeutung gewonnen. Denn die Erneuerung der CDU nach der verlorenen Bundestagswahl kann nur erfolgreich verlaufen, wenn sich die Orts-, Stadt- und Kreisverbände als moderne Volkspartei, als Dienstleister verstehen. Zudem kann die CDU in den kommenden Jahren vor allem Wahlerfolge in den Kommunen erzielen.

● „10 Argumente für Europa“, Faltblatt

Europa ist im deutschen Interesse. Anhand von 10 entscheidenden Argumenten überzeugt dieses Faltblatt mit kurzen Texten über die Vorteile Europas.

Das optimale Verteilmittel für ihre ersten Canvassingstände im Frühjahr.

Bestell-Nr.: **2546**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 20,- DM



CDU



Mehrheiten gewinnen

Handbuch für Wahlkämpfe in den Kommunen

CDU

► Dieses Handbuch gibt Ihnen Anregungen und Hilfen für einen modernen Kommunalwahlkampf. Nicht alle Ideen sind neu, aber auch bei der rasanten Entwicklung in der Automobilindustrie bleibt das Rad – markenunabhängig – rund. Somit stehen wir vor der Herausforderung, unsere gute Politik zeitgemäß zu präsentieren, damit wir gemeinsam Mehrheiten gewinnen.

Bestell-Nr.: **4548**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 10,- DM

Bestellschrift

per Post: **IS-Versandzentrum**

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Fax: 02524/91 1310

E-Mail: gero.simon@bertelsmann.de

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● CDU-Windbreaker

Diese topaktuellen Windbreaker sind mit einem Innenfutter aus Single-Jersey, elastischen Ärmelbündchen sowie einem Kordelzug im Bund versehen. Die Kapuze läßt sich bei schönem Wetter im Kragen verstauen.

So gerüstet ist ihr Wahlkampfteam nicht nur gegen Wind und Wetter geschützt, sondern auch als Team gut zu erkennen.



Größe -S-	Bestell-Nr.:9459
Größe -M-	Bestell-Nr.:9460
Größe -L-	Bestell-Nr.:9461
Größe -XL-	Bestell-Nr.:9462
Größe -XXL-	Bestell-Nr.:9463

Preis je Expl.: 29,90 DM

UiD

8/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.